

**Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und
Landwirtschaft**

Wortprotokoll

der

25. Sitzung

Montag, 08. Dezember 2003, 11:00 Uhr

Sitzungsort: Berlin, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.700

Öffentliche Anhörung

"Nationale Umsetzung der Beschlüsse zur
EU-Agrarreform"

Vorsitz: Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB

ZUR TAGESORDNUNG:

Einzigster Punkt der Tagesordnung: S. 8 - 65

Öffentliche Anhörung zu dem Thema:
"Nationale Umsetzung der Beschlüsse zur EU-Agrarreform"

Selbstbefassung SB15(10)86

dazu Stellungnahmen der Verbände und Einzelsachverständigen:

15(10)291	Anlage 1	S. 64 - 67
15(10)292	Anlage 2	S. 68 - 73
15(10)293	Anlage 3	S. 74 - 77
15(10)294	Anlage 4	S. 78 - 82
15(10)290	Anlage 5	S. 83 - 86
15(10)296	Anlage 6	S. 87 - 89
15(10)297	Anlage 7	S. 90 - 95
15(10)298	Anlage 8	S. 96 - 97
15(10)299	Anlage 9	S. 98 - 102

Weitere Ausschussdrucksachen: **S. 103 - 308**

15(10)245, 15(10)306, 15(10)309, 15(10)312, 15(10)276

Liste der Sachverständigen

des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestages

Öffentliche Anhörung zu dem Thema "Nationale Umsetzung der Beschlüsse zur EU- Agrarreform"

Montag, den 08. 12. 2003, 11.00 Uhr, in Berlin, Konrad Adenauer Str. 1, Paul-Löbe-Haus,
Sitzungssaal E.700.

Ausschussdrucksache

1. Verbände / Institutionen

Deutscher Bauernverband 15(10)291
Präsident Sonnleitner, Referent Hemmerling (AL Wirtschaftspolitik)

**Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten
und Fischerei des Landes Mecklenburg-Vorpommern** 15(10)292
StS Dr. Kreer, Dr. Peters

**Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum
Baden-Württemberg** 15(10)293
AL MDG Hauck

2. Einzelsachverständige

Prof. Dr. sc. agr. Stephan Dabbert 15(10)294
Dekan der Fakultät Agrarwissenschaften
Universität Hohenheim

Klaus Egbers 15(10)290
Dr. Gemmeke GmbH,
Steuerberatungsgesellschaft Landwirtschaftliche Buchstelle

Prof. Dr. Folkhard Isermeyer
Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)

Prof. Dr. Dr. h. c. Friedrich Kuhlmann 15(10)296
Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre
der Universität Gießen

Lutz Ribbe 15(10)297
Euronatur

Prof. Dr. P. Michael Schmitz 15(10)298
Dekan der Justus-Liebig-Universität Gießen

Bernd Voß 15(10)299
Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU

weitere Ausschussdrucksachen:

15(10)245, 15(10)276, 15(10)306, 15(10)309, 15(10)312

Anwesenheitsliste*

Mitglieder des Ausschusses

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses

Stellv. Mitglieder des Ausschusses

*) Der Urschrift des Protokolls ist die Liste der Unterschriften beigelegt.

Die Vorsitzende: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer Anhörung zu dem Thema „Nationale Umsetzung der Beschlüsse der EU-Agrarreform“ und schlage vor, dass wir jetzt beginnen.

Ich habe vor Eintritt in unsere Tagesordnung eine Bitte: wir haben eine Kollegin aus dem Europäischen Parlament bei uns anwesend. Das ist Frau Kollegin Jäckle. Ich schlage vor, dass sie hier im Kreis ihrer Fraktionskollegen des Deutschen Bundestages teilnimmt. Ich sehe, dass Sie das auch so sehen wie ich und darf deswegen unsere Sachverständigen aus dem Bereich der Wissenschaft, der Verbände, aber auch aus dem Bereich der Landesministerien, die zuständig sind, ganz herzlich unter uns begrüßen.

Das ist ja heute eine außerordentlich interessante Anhörung. Wir haben die Luxemburger Beschlüsse, die doch sehr viel Neues bringen, die eine Menge an Vorzügen aber auch eine Menge an Problemen mit sich bringen. Einer der entscheidenden Gesichtspunkte dabei ist, wie die Luxemburger Beschlüsse umgesetzt werden.

Mittlerweile darf ich auch Herrn Parl. Staatssekretär Berninger begrüßen, herzlich willkommen zu unserer Anhörung.

Die Landwirtschaftsminister des Bundes und der Länder haben ja am 27. November getagt und haben sich für manche Beobachter sicherlich in erstaunlicher Weise geeinigt. Das heißt, wir haben heute die Frage, was bringen die Luxemburger Beschlüsse, wie setzen wir die Beschlüsse um, wie haben wir die Einigung vom 27.11. zu beurteilen und wie wird das im Einzelnen kommentiert? Ich schlage Ihnen vor, dass jeder der Herren Sachverständigen sieben bis zehn Minuten für ein Eingangsstatement bekommt. Diese Zeit für das Eingangsstatement muss nicht ausgeschöpft werden. Da wir bei den Verbänden beginnen, habe ich die Bitte, dass sich die nachfolgenden Sachverständigen, wenn sie das Gleiche sagen wollen, das nicht tun, und wenn sie das, was schon gesagt wurde, kommentieren wollen, das vielleicht gleich kommentieren, damit wir dann hinterher in den Rückfragen, die unsere Kolleginnen und Kollegen aus den Bundestagsfraktionen an Sie haben, vielleicht gleich in eine Art von Gespräch eintreten können. Ich sehe auch dazu keinen Widerspruch und darf deswegen dem Präsidenten des Deutschen Bauernverbandes, Herrn Sonnleitner, das Wort geben. Bitte sehr, Herr Sonnleitner.

Präsident Sonnleitner, Deutscher Bauernverband:

Statement entsprechend A-Drs. 15(10)291, siehe Anlage 1

StS Dr. Kreer, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei des Landes Mecklenburg-Vorpommern:

Statement entsprechend A-Drs. 15(10)292, siehe Anlage 2

AL MDG Hauck, Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg:

Statement entsprechend A-Drs. 15(10)293, siehe Anlage 3

Prof. Dr. sc. Agr. Stephan Dabbert, Dekan der Fakultät Agrarwissenschaften Universität Hohenheim:

Statement entsprechend A-Drs. 15(10)294, siehe Anlage 4

Klaus Egbers, Steuerberatungsgesellschaft Landwirtschaftliche Buchstelle:

Statement entsprechend A-Drs. 15(10)290, siehe Anlage 5

Prof. Dr. Folkhard Isermeyer, Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL): Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren, ich habe keine schriftliche Stellungnahme abgegeben, weil ich in einer Reihe von Arbeitsberichten versucht habe, den Gang dieser Reform und der nationalen Ausgestaltungsdebatte zu begleiten. Diese Arbeitsberichte habe ich kurzfristig an den Ausschuss und die Bundesländer geleitet. Vor diesem Hintergrund wird es nicht verwundern, dass das, was am 27. November zwischen Bund und Ländern besprochen wurde, mein volles Einverständnis findet. Die Eckwerte, wie sie jetzt inzwischen heraus gearbeitet worden sind, sind positiv: Vollentkopplung statt Teilentkopplung, frühzeitiger Einstieg in 2005, längerfristiges Ziel der regionalen Einheitsprämie, weil sie per saldo doch besser ist, als die Betriebsprämie, aber kein sofortiges Umsteigen, sondern ein Kombimodell. Die Vorzüge dieses Weges sind eigentlich von meinen Vorrednern schon besprochen worden und ich muss die Argumente, denen ich uneingeschränkt zustimme, hier nicht noch einmal wiederholen. Wo sich mein Vorschlag ein wenig von dem unterscheidet, was im Augenblick diskutiert wird, ist die Gestaltung der

Übergangsphase bis zum Jahr 2012 oder wie lang sie auch immer dauern mag. Von dem, was sich zur Zeit andeutet, wo man zunächst eine Ackerprämie und eine Grünlandprämie festlegt und dann betriebsindividuell ein Topping-Up vornimmt, kommt es teilweise zu Über- und Unterkompensationen, die ich im Einzelfall gegenüber den betroffenen Landwirten für nicht ganz leicht erklärbar und nicht für hundertprozentig transparent halte. Da sehe ich die Gefahr, dass es im Laufe der weiteren Regelungen zu Forderungen in Bezug auf eine Nachbesserung kommt, was sicherlich nicht günstig wäre.

Der von mir in die Diskussion eingebrachte Vorschlag ist nach meiner Überzeugung einfacher. Dieser besteht darin, dass zunächst einmal für alle Flächen ein einheitliches Vorweg errechnet wird. Sagen wir, ein Viertel der gesamten Prämiensumme wird genommen und auf die Flächen umgelegt. Das sind dann größenordnungsmäßig vielleicht 75 Euro Grundprämie für Acker- und Grünland gleichermaßen. Dann haben wir noch drei Viertel des Prämienvolumens im Topf. Dieses wird dann zunächst betriebsindividuell ausgehändigt, so wie das Betriebsmodell es vorsieht. Dieses betriebsindividuelle Aushändigen nach Maßgabe der historischen Referenzperiode 2000-2002 bedeutet dann im Ergebnis, dass wir nach meinem Dafürhalten eine möglichst faire Kompensation erzielen. Wir hätten dann im Jahr der Einführung dieses Modells, also im Jahr 2005, in keinem Betrieb starke Unterkompensation. Aus den schon genannten Gründen ist es aber erforderlich, um das System längerfristig in die Zukunft führen zu können, dann diese Betriebskomponente in Schritten abzuschmelzen und im Gegenzug die Flächenkomponenten aufwachsen zu lassen, bis dann möglicherweise ab 2012 eine regional einheitliche, flächenbezogene Prämie erreicht ist. Dieser Weg erscheint nach meinem Dafürhalten gangbar. Ich möchte aber auch betonen, dass es hier fast schon um Marginalien geht, denn die zunächst einmal erzielten Einigungen sind eigentlich die wesentlichen Eckwerte. Das, was von mir hier vorgeschlagen worden ist, ist vielleicht eine nur noch graduelle Nachbesserung.

Ich möchte kurz eingehen auf den Punkt Milch, denn er ist durch die Vorredner zu Recht problematisiert worden. Mir erscheint es wichtig, dass versucht wird, die Lösungen für das Problem der Milcherzeuger im System zu finden und keinen kompletten Sonderweg Milch aufzubauen, der sich auch dann nachhaltig über das Jahr 2012 als Sonderweg erweisen würde. Das würde der gesamten Philosophie der neuen Agrarpolitik widersprechen, wenn man wiederum einen Sektor herausnehmen

und einen Sonderweg errichten würde. Mir erscheint es auch im Zeitalter der Entkopplung nicht sachgerecht, Milchprämien auf Dauer den ursprünglich Begünstigten zu belassen, denn es muss uns klar sein, dass diese Milchprämien in kurzer Zeit herum vagabundieren werden. Der Strukturwandel der Milchviehhaltung geht weiter. Wir werden auch in den nächsten zehn Jahren, wie bereits in den letzten Jahrzehnten, beobachten können, dass mindestens die Hälfte aller aktiven Milcherzeuger ihre Tätigkeit einstellen. Das war schon so und das wird auch weiter so gehen. Es ist dann nicht mehr zu erklären, warum einzelne Erzeuger hochwertige Prämienrechte haben, obwohl sie gar keine Erzeuger mehr sind, sondern genauso wirtschaften, wie ihr Nachbar auch. Auch während der aktiven Erzeugungsphase haben die Milcherzeuger die Möglichkeit am Prämienrechtehandel teilzunehmen. Auch das wird schon dazu führen, dass hoch- und niederwertige Prämienrechte irgendwo in der Landschaft sein werden. Das können Sie auf Dauer nicht erklären.

Deswegen mein Plädoyer: Es ist sinnvoll, hier nach Entlastungsmöglichkeiten für die Milchproduzenten zu suchen, dies aber bitte im System. Man könnte sich z.B. vorstellen, dass dieser graduelle Abschmelzungsprozess nun nicht sofort beginnt und nicht notwendigerweise in gleichen Schritten vollzogen werden muss. Man könnte sich ja auch eine stärkere Treppe nach hinten heraus vorstellen oder sogar zu einem bestimmten Punkt den Übergang von der Betriebskomponente zur regionalen Einheitsprämie. Die Landwirte werden in der Lage sein, sich darauf einzustellen, denn Sie bekommen ja im Jahr 2005, bildlich gesprochen, Rechte ausgehändigt. Auf diesen Rechten stehen Zahlen. Diese Zahlen werden mit Jahreszahlen kombiniert. Ich glaube, das lässt sich bewältigen. Das kann der Markt dann auch beurteilen, wie werthaltig diese Rechte sind.

Hinsichtlich der zweiten Säule wurde ja vom Kollegen aus Baden-Württemberg angesprochen, dass sie wichtig sei und zugleich aber für die Zukunft der Milcherzeugung nur von begrenzter Bedeutung. Ich halte es da eigentlich mit der Empfehlung, die auch Herr Dabbert ausgesprochen hat. Wir müssen die zweite Säule stärken. Mit der einzelbetrieblichen Förderung haben wir auch die Möglichkeit, gezielt etwas für die Milcherzeuger zu tun. Es gibt hier das große Problem der Kofinanzierung. Es ist in meinen Augen ein grundlegender Fehler der europäischen Agrarpolitik, wie wir sie zur Zeit haben, dass in der ersten Säule nicht kofinanziert wird und in der zweiten kofinanziert werden muss. Da gibt es immer eine Verzerrung in Richtung der ersten Säule, was eigentlich von der Sache her nicht sinnvoll ist.

Drei weitere Punkte möchte ich hier nur stichwortartig benennen, um meine Redezeit nicht zu sehr zu strapazieren, aber wir sollten darauf nachher zurückkommen.

Punkt eins: Flächenstilllegung. Ich bin der klaren Auffassung, dass die Flächenstilllegung möglichst schnell komplett abgeschafft werden sollte. Wir kriegen erhebliche Probleme. In einer entkoppelten Welt ist Flächenstilllegung ein Widerspruch an sich. Da braucht man nicht einmal staatlich Flächenstilllegung anzuordnen. Das entscheiden die Unternehmer selbst. Die Flächenstilllegungsrechte werden zwischen den Betrieben gehandelt werden. Dies führt dazu, dass wir auf den schwächeren Standorten eine Akkumulation staatlich verordneter Flächenstilllegung bekommen. Das können Sie auch politisch irgendwann schlecht vermitteln. Es führt auch dazu, dass der Marktentlastungseffekt der Flächenstilllegung gegen null geht, weil auf den guten Standorten weiter produziert wird und die Schlechten still gelegt werden. Die Ökobetriebe können auch Flächenstilllegungsrechte kaufen und brauchen dann nicht still zu legen. Das sind alles in meinen Augen unsinnige Entwicklungen, die uns da bevor stehen. Von der Marktentwicklung her wird schon diskutiert die Flächenstilllegung ohnehin auf fünf Prozent zu reduzieren. Dann kann man sie besser gleich abschaffen. Der zweite Punkt, den ich kurz ansprechen wollte, betrifft die Kartoffeln, das Feldgemüse und Feldobst. In einer entkoppelten Welt ist es ein Widerspruch in sich hier Sonderregelungen zu schaffen. Was jetzt von der Bundesregierung ausgehandelt worden ist, ist sicherlich positiv. Es ist zunächst positiv, dass sie ausgehandelt haben, dass z.B. auch Kartoffelflächen aktiviert werden können. Das ist gut, aber es ist trotzdem auf die Dauer der falsche Weg. Wir kriegen faktisch in der Umsetzung eine Kartoffelquotenregelung. Dieses jetzt neu einzuführen ist blanker Unsinn. Das muss man so deutlich sagen. Man sollte also versuchen, dies abermals auf die Brüsseler Agenda zu setzen.

Der letzte Punkt, bei dem schließe ich mich meinem Vorredner direkt an: Die Klärung der juristischen Fragen sollte so früh wie möglich vorgenommen werden. Beim Betriebsmodell drängen diese juristischen Fragen sicherlich noch stärker als bei der regionalen Einheitsprämie. Aber insbesondere während der Übergangsphase zur regionalen Einheitsprämie, bei der Frage, wem dieses Prämienrecht eigentlich gehört, wird es zu Problemen kommen. Darauf müssen wir vielleicht nachher noch näher eingehen. Ich fände es schade, wenn man dieses dann bis zum Jahr 2008 / 2009 einer höchstrichterlichen Klärung überantworten müsste. Es wäre gut, wenn dieses möglichst früh geklärt werden könnte, um Planungssicherheit zu schaffen. Ich

bin kein Jurist. Ich weiß nicht, wie das geht. Aber als Ökonom möchte ich dieses Problem doch hier in den Raum stellen. Herzlichen Dank.

Prof. Dr. Dr. h. c. Friedrich Kuhlmann, Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Gießen:

Statement entsprechend A-Drs. 15(10)296, siehe Anlage 6

Lutz Ribbe, Euronatur:

Statement entsprechend A-Drs. 15(10)297, siehe Anlage 7

Prof. Dr. P Michael Schmitz, Dekan der Justus-Liebig-Universität Gießen:

Statement entsprechend A-Drs. 15(210)298, siehe Anlage 8

Bernd Voß, Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU:

Statement entsprechend A-Drs. 15(10)299, siehe Anlage 9

Wechsel im Vorsitz: 12:38

Abg. Ulrike Höfken, als amtierende Vorsitzende: Ich denke, man kann festhalten, dass es eine große Mehrheit in Richtung eines regionalisierten Flächenmodells gibt mit Ausnahme von Herrn Prof. Kuhlmann, der als Einziger explizit gesagt hat, dass er nach wie vor für das Betriebsmodell ist. Ansonsten finden wir natürlich viele Differenzierungen und auch die Ansprache von Verwerfungen, von Problemen und unterschiedlichen Lösungsansätzen. Ich denke, wir sollten jetzt in die Diskussion einsteigen.

Abg. Matthias Weisheit: Machen wir bei der Milch weiter. Dass das ein großes Problem ist mit den Ackerbaustandorten und Grünlandstandorten ist seit langem so. Mir ist noch nicht klar, wie man das Problem lösen kann. Gibt es eine Möglichkeit über Milchproduktion einen bestimmten Anteil Grünland zu binden? Sonst geht diese Wanderung ewig weiter, dass Landwirte aus den benachteiligten Mittelgebirgsregionen mit Grünland auswandern in Ackerbaustandorte. Gibt es da eine Möglichkeit, oder nicht? Das wäre für mich letztlich eine Frage an alle, die darauf antworten wollen.

Abg. Peter Harry Carstensen: Ich bedanke mich Frau Vorsitzende. Herr Voß, ich staune ein wenig darüber, dass man da Qualitäten hinsetzen soll.

Sie haben von Grünlandmilch und Ackermilch gesprochen. Natürlich, wenn wir über Wettbewerbsfähigkeit sprechen, müssen wir auch sehen, dass wir möglichst kostengünstig produzieren. Wenn ich mir die Ihnen gerade auch bekannte Region Eiderstedt anschau, die natürlich auch als Grünland dort steht, in der gerade auch in diesem Jahr der beste Mais stand, vielleicht sollten wir das ein bisschen herunterholen und den Bauern die Entscheidung überlassen, wie sie denn auf ihren Betrieben wirtschaften. Das hat verschiedene Gründe, warum gerade in Schleswig-Holstein die Milch in bestimmte Gebiete gezogen ist und in bestimmten Gebieten nicht ausgedehnt worden ist. Da kann man sicherlich nicht nur sagen, das komme wegen des Grünlands oder wegen des Ackerbaus. Das hat auch etwas mit der Einstellung von Bauern zu tun, sage ich einmal ganz vorsichtig. Eine Bemerkung vorweg: Ich glaube, dies ist eine Reform, die wir in den Auswirkungen noch nicht so abschätzen können. Sie wird die größten Auswirkungen haben, die wir jemals bei Reformen gehabt haben. Deswegen halte ich es für richtig, dass wir darüber streiten, dass wir darüber diskutieren, und dass wir versuchen dort einen richtigen, vernünftigen, gangbaren, möglichst nicht mit vielen Rechtsprozessen und vielen Änderungsverordnungen belasteten Weg zu finden. Bei der Milchquote haben wir derartige Ergebnisse in den letzten Jahren auch gehabt. Was dort an Streitereien später gekommen ist, das sollte bei einigen Dingen zu denken geben.

Zweiter Punkt, auch auf die Frage von Herrn Ribbe, was die Zahlungen angeht: ich bin zutiefst davon überzeugt, wenn wir die Direktzahlungen nicht mehr haben, dann werden wir bei uns nicht mehr Landwirtschaft in dem Sinne haben können, denn das hieße 5,6 Milliarden der Landwirtschaft zu entziehen. Insofern ist das für mich eine Begründung, um überhaupt den Bestand von Landwirtschaft zu haben. Dass wir natürlich auch viele verschiedene Gründe und Begründungen finden, ist in der Politik so üblich, wo eben auch zwischen Gründen und Begründungen manchmal Unterschiede gemacht werden. Das ist bei grünen Politikern, bei Schwarzen, bei Roten, und bei Gelben häufig so. Aber diese 5,6 Milliarden müssen weiter gehalten werden, sonst können wir den Laden in manchen Bereichen zu machen.

Dritter Punkt: Wenn wir über Wettbewerbsfähigkeit sprechen, was bei vielen Stellungnahmen der Fall war, dann müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, wie wir die Mittel und die Politik auf die wirtschaftenden Betriebe konzentrieren und nicht das Geld bei denen lassen, die aus der Wirtschaft

aussteigen, sondern bei denen, die bei uns noch wirtschaften und wirtschaftende Betriebe sind, um diese wettbewerbsfähig zu machen.

Und der letzte Punkt als Vorbemerkung: Die Regelung für die Milch ist für mich das größte Problem, weil eben diese Brüche da zu sehen sind. Man hätte es einfacher haben können. Wenn wir über Quote gesprochen hätten, glaube ich nicht, dass wir noch über Milchprämie oder Ähnliches reden müssten, sondern dann hätte man sicherlich dort den Markt mit eingebracht.

Und jetzt meine Fragen: Herr Sonnleitner, wenn ich Sie richtig verstanden habe und auch die Diskussion mit dem Bauernverband in den letzten Wochen, liegt das Problem - und Sie haben da einen schönen Satz gesagt zum Schluss: "Es gibt kein optimales Modell." - in der Entkopplung. Wir merken das auch bei einigen Dingen, wo eben versucht wurde, wieder die Wirtschaft und die Bewirtschaftung mit einzubringen, also an Bewirtschaftung zu binden. Dann bin ich nicht mehr in der Entkopplung. Wenn ich entkopple und voll entkopple, dann muss ich die Freiheit haben, den Betrieb zu führen, wie er auch geführt werden kann. Dann kann ich auf Produktion verzichten oder ich kann Produktion machen. Aber bei diesem Binden an Produktion weiß ich nicht mehr, ob man das noch als Entkopplung bezeichnen kann. Es gibt kein optimales Modell mit den Vorteilen, mit den Nachteilen. Für mich ist es notwendig auch ein langfristiges Modell zu haben und möglichst wenige Brüche auch am Anfang zu bekommen, das heißt eine Sicherheit dort mit reinzunehmen. Wenn ich das richtig verstanden habe in den letzten Wochen, auch in Gesprächen mit meinem Bauernverband in Schleswig-Holstein, dann ist die Vorstellung die, dass man sich einstellt auf einen Einstieg in ein Betriebsprämienmodell, um dann die Brüche nicht zu bekommen, aber auch das langfristige Sich-Hinwenden auf ein Flächenmodell, wo eben die Umgestaltung und die Prämien dann eben umgesetzt werden auf die Flächen. Ist das so richtig, sonst wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie dann noch einmal etwas zu diesem Modell sagen würden.

An Sie, Herr Isermeyer, eine Frage, Sie haben so schön gesagt, dass, wenn man die Milch rausnehmen würde, das nicht der Philosophie entsprechen würde. Nun kann bei uns kein Bauer von philosophischen Gesichtspunkten leben. Denen ist das völlig egal, wie die Philosophie ist. Die sagen: "Passt mal auf, hier muss mal etwas Geld überkommen, ich muss meine Wirtschaftsweise dort anpassen." Wenn ich mir die Situation auf den Milchbetrieben ansehe, dann ist das das größte Problem. Wenn wir nicht in der Lage sind, die zusätzliche Prämie - wir zahlen ja, wenn ich das richtig im Kopf habe, 4,7 Milliarden schon mit den anderen Prämien von 0,9 Milliarden über die

Milchprämie dort rauf – das auch bei den Milchviehbetrieben zu belassen, dann kriege ich Schwierigkeiten insbesondere in den Betrieben, die Sie, Herr Voß, vielleicht auch vorhin gemeint haben, den Grünlandbetrieben, die wirklich keine Alternative haben. Das sind Mittelgebirgsbetriebe im Allgäu, vielleicht auch bei Ihnen in der Ecke. Wie wollen wir das regeln, Herr Isermeyer, wie kriegen wir das hin, dass hier die Notwendigkeit auch gesehen wird und es auch ein Modell gibt, gerade diese Mittel zu erhalten, entweder über zusätzliches Drop-Up oder meinetwegen auch Modulation, wobei ich dabei Schwierigkeiten habe, weil dort natürlich die Länder auch wieder drin sind.

Von Herrn Kuhlmann würde ich gerne wissen, was er denn mit der einheitlichen EU-Regelung gemeint hat, ob das die Entkopplung an sich ist oder nur das System der Entkopplung. Herr Kuhlmann, wenn Sie das System der Entkopplung gemeint haben, wie ich das verstanden habe, dann kann ich Sie nicht richtig verstehen, weil wir nämlich im nächsten Jahr 10 Länder haben, die kein Betriebsprämienmodell machen können, weil sie nämlich keine historische Grundlage haben. Diese Länder fangen im Baltikum an und hören irgendwo in den Mittelmeerländern auf. Da würde ich gerne noch einmal wissen, wie denn dieses gemeint war.

Und an Herrn Schmitz bitte noch eine Frage, Sie haben von der zweiten Säule gesprochen. Wir streiten ja manchmal über die zweite Säule, wir beide ja auch, weil gerade die zweite Säule abhängig ist, gerade in der Kofinanzierung, von dem Willen der Länder und von der Substanz in den Ländern. Herr Hauck sprach vorhin auch davon, wie schwierig es gerade ist, das wird in Bayern ähnlich sein, einzelne Dinge dort abzuschmelzen, weil die Bauern dort schon einen Verlust haben, weil Herr Hauck bzw. das Land dort in der zweiten Säule abschmelzen müssen. Wir in Schleswig-Holstein sind in der "glücklichen" Lage, dass wir nicht abschmelzen müssen, weil uns nämlich nichts gegeben wird. Insofern ist das natürlich ein Problem, das in den Ländern entsteht, die noch einen Stellenwert für Landwirtschaft geben und dort noch etwas reinsetzen. Wie kriegen wir das denn hin? Sollten wir das bundeseinheitlich regeln oder sehen Sie dann darin auch Schwierigkeiten, die man nicht bewerkstelligen kann?

Letzte Frage, an Herrn StS Kreer, Sie haben von der vordergründig auch ganz logischen Marktentlastung gesprochen. Das ist ja offensichtlich auch das Ziel dieser Entkopplung. Wenn Sie von Marktentlastung sprechen, sprechen Sie natürlich auch davon, dass einige aus der Produktion aussteigen bzw. weniger produziert wird. In welchen Bereichen erwarten Sie das und wer wird in diese Lücken reingehen,

insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir ja in einem offenen Markt, der keinen Außenschutz mehr hat, leben und arbeiten? Sind Sie dann bei einem sehr offenen Markt, der auch bei Rindfleisch nicht nur von großem Außenschutz geprägt ist, wirklich der Meinung, dass wir Preisstabilität durch weniger Produktion in Deutschland bekommen? Das wären meine Fragen. Herzlichen Dank.

Abg. Friedrich Ostendorff: Ich denke, dass wir heute ein Stück weiter gekommen sind in der Frage, die auch vom Bauernverband bejaht worden ist, dass es hier um Arbeitsplätze geht. Ich denke, das ist eine Diskussion, die uns auch sehr stark geleitet hat, wo wir ja jetzt keine verwertbaren Ergebnisse erzielt haben. Über die Frage, wie wir mittel- und langfristig Zahlungen auch an den Arbeitskräftefaktor knüpfen, die sollten wir mitnehmen. Das ist noch einmal eine Beleuchtung wert, denn das wird die einzige Möglichkeit sein, es wirklich zukunftsfähig über lange Zeit zu machen. Ich denke, wir haben mit der beschlossenen Umsteuerung auf die Flächenprämie, die ja von fast allen bejaht worden ist, jetzt klar, dass wir von der produktionssteigernden Variante, die wir bisher hatten, weggegangen sind. Die Landwirtschaft entlassen wir praktisch jetzt in den Markt. Was uns natürlich mit großer Sorge erfüllt, ist die Frage, was ist der Markt? Wenn wir das bei der Milch betrachten, dann wissen wir, da reden wir über vier Leute. Ist es ein Markt oder ist das "sozialistische Planwirtschaft", die wir da antreffen auf dem Markt. Dieser Markt, in den wir die Landwirtschaft entlassen, erfüllt uns natürlich mit einiger Sorge. Auch hier noch einmal die Frage, ob uns dazu noch ein paar gute Argumente einfallen, wie wir dann mit dem Markt umgehen. Denn das Problem der Milchbauern ist hier ja klar beleuchtet worden, das ist unsere große Sorge. In dem Bundländerarbeitskreis, der die Beschlüsse vorbereiten soll, muss natürlich noch einiges an Gehirnschmalz reingesteckt werden, denn das, was bisher an praktikablen Vorschlägen da ist, deckt diesen Bereich der Sorge natürlich noch ungenügend ab. Wir haben einen zweiten Bereich, der nochmals beleuchtet gehört: Wie machen wir unsere zusätzlichen Agrarumweltmaßnahmen, die aus den Ländern kommen, zukunftssicher? Das ist auch die Frage in Ihrem Land, Herr Hauck, wie kriegen wir da eine Zukunftssicherheit rein? Denn es ist uns allen klar, dass Sie große Räume behalten werden, die einer zusätzlichen Stützung bedürfen. Wo liegen die genauen Abgrenzungen, dass wir da möglicherweise Schieflogen hineinkriegen, wenn in den Länderprogrammen möglicherweise diese Grundförderung, die es da gibt, nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Darüber müssen wir natürlich nachdenken, dass das nicht passiert.

Nächste Frage: Die Umverteilung zwischen den Ländern, die uns ja auch umtreibt, ist noch nicht beleuchtet worden. Wie weit kann das gehen, was ist dort machbar, was ist dort denkbar? Wir haben ja nur einen sehr vagen Beschluss, dass es 5 % Umverteilung geben kann, der aber noch wenig konkret ist. Was kann dort der Weg sein, dass wir zu einer wirksamen Umverteilung kommen können, die den Interessen, nehmen wir das Extrem des Saarlandes gegenüber Schleswig-Holstein, gerecht wird. Da sind ja sicherlich die Extreme. Ich denke, das wäre noch mal wichtig zu beleuchten in der nächsten Runde.

Abg. Hans-Michael Goldmann: Herzlichen Dank für die Stellungnahmen, die wir hier gehört haben und die uns auch zugegangen sind. Dass wir bestimmte Stellungnahmen, wie die von Herrn Isermeyer, nicht bekommen haben, das hätte ich auch so gemacht, denn Sie versorgen uns ja in vorbildlicher Weise. Wir fühlen uns als FDP-Fraktion in der Grundtendenz, die hier zum Ausdruck kommt, sehr nachdrücklich bestätigt. Wir wollen Flächenprämie, wir wollen Entkopplung und wir wollen natürlich auch möglichst viele Bauern im ländlichen Raum auf diesem Wege mitnehmen.

Ich komme aus dem Emsland und mein Wahlkreis liegt zum Teil auch in Ostfriesland. Deshalb können Sie sich vorstellen, dass uns und mich die Milch sehr umtreibt. Da werden wir ja auch noch Gelegenheit haben darüber zu sprechen.

Ich würde dann gerne folgende Fragen stellen: An Herrn Sonnleiter, ich möchte das aufgreifen, was Herr Kollege Ostendorff vorhin angesprochen hat. Ich habe mir hier hingeschrieben "Aderlass an Arbeitsplätzen". Sehen Sie das auch so, wie Herr Ostendorff das eben nachgefragt hat, dass wir also so einen Faktor Arbeitskraft einbinden wollen? Vielleicht sagen Sie auch etwas dazu, wo da Problematiken entstehen, wenn ich so an unsere Spargelbauern denke oder möglicherweise auch daran, was die Polen zu einem solchen Vorschlag sagen würden. Ich würde auch gerne nochmals fragen, Herr Sonnleitner, wie sich Ihr Modell im Moment nun darstellt. Sie haben gesagt, es gibt kein optimales System, aber welche Schritte halten Sie für geboten, um die Marktchancen der Bauern zu erhalten?

Der Vertreter von Mecklenburg-Vorpommern hat gesagt, Ziel sei Entgelt für Gemeinwohlleistungen. Wie sehen Sie diese Vorstellung in Einklang mit dem, was z.B. über Cross Compliance und andere Dinge hier auf den Weg gebracht wird? Ist das ein ausreichender Rahmen oder sehen Sie da nicht auch die Gefahr, dass es in

diesem Bereich zur Überbürokratisierung kommt? Das Gleiche gilt auch, wenn ich diese Frage stelle, für den Vertreter aus Baden-Württemberg.

Bei Herrn Dr. Egbers würde ich gerne noch einmal nachfragen zu den sehr interessanten Ausführungen, die Sie gemacht haben zum Pachtrecht und zum Eigentumsrecht. Wem gehören also z.B. 2004 welche Prämienrechte? Wie sehen Sie da auch die Zeitspanne der notwendigen Lösung? Ich frage das auch vor dem Hintergrund der Bereitschaft der Banken, Kredite zu geben für notwendige Investitionen. Sie haben gesagt und auch geschrieben, dass der Wert des Prämienrechts möglichst niedrig sein sollte. Sehen die Banken das auch in einer Übergangsphase genauso? Bei Herrn Prof. Dr. Isermeyer würde ich gern noch einmal, wie das auch schon Herr Carstensen getan hat, die Verbindung hinterfragen. Sie sagen, die Gestaltung der Übergangsphase sei problematisch und machen dann einen Vorschlag, ein Viertel der gesamten Prämie werde auf alle Flächen umgelegt und drei Viertel dann auf die Betriebe. Sie sagen dann gleichzeitig, die Milch soll in diesem System bleiben. Gilt das dann auch schon für diesen ersten Schritt von ein Viertel / drei Viertel? Wie kann man da aus Ihrer Sicht die Verbindung herstellen, um dort zu einer guten Lösung zu kommen? Vielleicht haben Sie auch noch die Möglichkeit, sich zur rechtlichen Klärung der Frage, wem die Prämienrechte gehören zu äußern.

Herr Carstensen hatte dann auch schon die Frage an Herrn Prof. Kuhlmann gestellt, dass die Flächenprämie EU-weit eingeführt werden müsste. Dies ist im Prinzip genau dieselbe Problematik wie mit der Betriebsprämie.

Bei Herrn Schmitz würde ich gerne noch einmal nachfragen. Sie sind ja ein Freund der Vollentkopplung, sage ich mal, und Sie sagen, alle müssen entkoppeln, auch in der EU. Welche strukturellen Auswirkungen sehen Sie in besonderer Weise bei der nationalen Vollentkopplung? Dankeschön.

Präsident Sonnleitner (Deutscher Bauernverband): Nochmals zum Grundverständnis des Deutschen Bauernverbandes: Wir wollen den Betrieb, der jetzt schon stark im Markt und in der Produktion war, um Marktanteile gekämpft hat, den wollen wir natürlich schützen, dass er in der Produktion drin bleibt. Dann möchte ich doch noch einmal herausstellen, dass das betriebsindividuelle Modell den Betrieb, wie er jetzt bzw. zwischen 2000 und 2004 bestanden hat, abbildet. Bei dem Regionalmodell von dem immer gesprochen wird oder dem Kombimodell wird umverteilt. Aber der Zahlungsanspruch bleibt dann in der Funktion gleich, d.h. nicht

nur beim Betriebsmodell, sondern auch beim regionalen Modell bekommt der Bauer auch seinen Zahlungsanspruch, wenn er mit der Bullenmast aufhört und dann nur mulcht. Das Mulchen ist ein Problem für die Betriebs- und die Flächenprämie. Ich bitte das schon zu berücksichtigen. Und wenn Sie die Eigentumsproblematik angesprochen haben, so ist diese nur erleichtert beim Regionalmodell, wenn ich das total mache bis 2005. Dann tauchen aber dieselben Probleme auf, wie beim betriebsindividuellen Modell von 2000 bis 2005. Dies muss man sehen. Entkoppelt ist entkoppelt. Man muss das ganz klar herausstellen. Wir sind jetzt schon in Gesprächen mit Brüsseler Beamten, die jetzt die Durchführungsverordnungen machen und auch mit den Spitzen, wie man dieses rechtliche Problem, das ja auf dem deutschen Pachtmarkt große Verwerfungen herbeigeführt hat, in den Griff bekommen kann. Darf ich eine grundsätzliche Wertung abgeben: Bei der Umverteilungsstrategie in das Regionalmodell oder in das Kombimodell hinein werden alle die belohnt, die bis jetzt extensiv oder wenig für den Markt produziert haben. Aber gerade in den kleinstrukturierten Gebieten Deutschlands haben wir z.B. eine hohe Milchmenge auf dem Hektar, auch in kleinen Betrieben, und trotzdem eine heile Umwelt. Diese wären dann die großen Verlierer, wenn wir hier Umverteilungsstrategien erführen. Man muss das klar sagen. Und wenn ich dann die Einkommenssituation der deutschen Betriebe anschau gerade auch bei Milch, dann bekommen solche Milchbetriebe anteilmäßig durch eine Vorverteilung weniger. Die Betriebe, die jetzt schon im Markt waren, werden zusätzlich geschwächt und steigen dann aus und die, die bis jetzt noch nicht drin waren, mit Rindern oder mit Milch, steigen auch nicht ein, weil dieser kleine positive Tropfen macht für die, jetzt bayerisch gesagt, das Kraut auch nicht fett. Das bedeutet, diese steigen nicht ein und die anderen verlieren ihre Wettbewerbskraft und steigen aus. Das ist für mich dann in der Verantwortung den deutschen Bauern gegenüber eine extrem gefährliche Situation, weil damit Arbeitsplätze und Produktion abgebaut werden. Ich bin aber dagegen, und da müssen wir auch realistisch sein, das steht nirgends in einer Brüsseler Verordnung, dass wir dann Ausgleichszahlungen auf Arbeitskräfte oder sonst etwas überlegen, das steht nicht zur Debatte. Wir müssen Arbeitsplätze über Wertschöpfung, über Wettbewerbsfähigkeit und über Markt schaffen und da müssen wir sehr stark beachten wie der Wettbewerb in den anderen Ländern gesehen wird. Ich darf einmal vorlesen, wer für das Individualprämienmodell, Betriebsprämienmodell ist: Das sind Frankreich, Österreich, die Niederlande, Belgien, Portugal, Finnland, Irland, und drei Viertel von Großbritannien, d.h. das sich

wichtigste Wettbewerber für das betriebsindividuelle Modell entscheiden. Und wir wollen ganz was anderes? Dann schwächen wir uns. Und wo ich persönlich jetzt ein bisschen Probleme habe, so ehrlich möchte ich sein, auch ich wollte, Herr Prof. Schmitz, total entkoppeln. Nur wenn ich jetzt sehe, dass Frankreich, der wichtigste Konkurrent für uns, aber auch Verbündete dann wieder möglichst viel gekoppelt lassen wollen, dann fürchten wir natürlich, dass die ihre Strukturen in der Produktion, z.B. bei den Rindern, aufrecht erhalten und dadurch ein günstigeres Kostengefüge haben und bei uns durch die Totalentkoppelung dann Kälber rüberwandern, auch wenn es dort keine zusätzliche Prämie wegen der Plafondierung gibt. Trotzdem sind die in der Struktur dann wettbewerbsfähiger. Wir werden in allen Bereichen einen Rückgang der Produktion erreichen, dadurch höhere Kosten und damit einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zu dem, was jetzt bei den Agrarministern besprochen worden ist. Wir müssen auch sehen, ob das dann handhabbar ist. Wir haben nach dem, was jetzt bei der Agrarministerkonferenz diskutiert wird einen Zahlungsanspruch für Stilllegung, einen rechnerischen Zahlungsanspruch für Ackerland, einen rechnerischen Zahlungsanspruch für Grünland und dann haben wir noch einen dritten Zahlungsanspruch für Obst und Gemüse und der ist wieder plafondiert. Dann muss ich sehen, dass durch diesen Mischmasch, dieses Kombimodell, es dann plötzlich in Obst und Gemüse hinein auch eine Stilllegungsverpflichtung gibt. Dies alles muss dann administrativ durch ein Supergehirn im Computer bewältigt werden. Dann haben wir nach wie vor Pachtbewegungen und Kaufbewegungen, die aber nicht mit diesem System verschmolzen werden dürfen, sondern die dann extra noch parallel pro Betrieb gefahren werden müssen in den einzelnen Abbau und Zuteilungsschritten. Deswegen, Herr Carstensen, ist unsere politische Stoßrichtung eine Vorwegumverteilung. Da gab es 1992 Ungerechtigkeiten. Ein Teil in Brüssel, wie Dr. Borchert, sagt, das kann man vorher machen, eine Geradestellung oder Umverteilung. Andere wiederum sagen, man kann das nur im Zuge einer Regionalprämie machen. Wir würden diese Umverteilung natürlich außerhalb der Regionalprämie machen. Und dann wollen wir mit einem Betriebsprämienmodell starten bis zum Jahre 2009? Das ist in der Landwirtschaft eine äußerst kurze Zeit, wenn wir die Investitionen hernehmen, auf die sich unsere Betriebe festgelegt haben. Und 2009, so ist jetzt eine Mehrheitsentscheidung, das habe ich gesagt, das ist auch im Deutschen Bauernverband strittig diskutiert worden, dass wir da im Ackerbau aufgrund der gesellschaftlichen Notwendigkeiten dann in eine Regionalprämie

übergehen, entweder in einem Schritt oder in drei Schritten oder in fünf Schritten, da sind wir noch offen. Wir wollen, die Rinderprämien möglichst betriebsindividuell lassen, aber auch dies kann bei der Mid-Time-Review 2009 überprüft werden. Aber bei Milch wollen wir unter allen Umständen, dass die Milchausgleichszahlung, d.h. der Zahlungsanspruch bei Milch, betriebsindividuell bleibt. Dieses ist jetzt unsere Strategie und wir werden sicherlich auch im Bauernverband noch alles durchspielen, um noch mehr Abwägungsprozesse zu bekommen. So ist die Stoßrichtung: Start mit betriebsindividuellem Modell, dann ab 2009 bei Getreide einen Umschwung und bei den anderen dies möglichst bis 2012 lassen. (Auf Zwischenruf) (...) weil in Deutschland mehr über Umverteilung gesprochen wird, als über Vertrauensschutz und Marktstärkung und dann den Umstieg.

Abg. Peter Harry Carstensen: Herr Isermeyer hat ja die Andeutung gemacht mit den 25 %. Das geht ja so ein bisschen in die Richtung hinein, Herr Isermeyer. Es gibt ja die Probleme jetzt auch bei den Bullen, weil wir 2009 eine solche Strukturveränderung in den Bullenbetrieben haben, dass es dort einen erheblichen Druck geben wird eben nicht mehr im Betriebsprämienmodell zu sein. Ich schätze mal gerade 2009, das ist noch fünf Jahre hin, da sind die Bullen, die jetzt im Moment zu mästen sind, nicht mehr da. Ein Großteil der Betriebe wird auch keinen neuen Mastbetrieb mehr aufgestellt haben. Dies deshalb, weil er sein Betriebsergebnis natürlich dadurch verbessern kann, dass er dann eben nicht mehr produziert. Das wollen wir hier mal dahingestellt lassen. Ich glaube man kann das nicht nur immer im statischen Modell sehen. Dieses wäre aber doch dann etwas, worauf man sich einigen könnte, um auf der einen Seite die Brüche nicht zu haben, Herr Sonnleitner, das ist ja auch ein Argument bei Ihnen, aber am Ende auch die Langfristigkeit in der Argumentation zu behalten und den Milchbetrieben dann ihre Milchprämie als Betriebsprämie zu belassen.

Präsident Sonnleitner (Deutscher Bauernverband): Das kann ich nur mit „ja“ beantworten. Wir haben vom Bauernverband den Vorschlag gemacht, um einen Konsens über alle Landesbauernverbände und Regionen zu bekommen. Und dies, in dem wir mit einer Vorwegumverteilung einsteigen und damit Mehrheiten bekommen für eine betriebsindividuelle Zuteilung der Zahlungsansprüche und dann aber auch ein Signal setzen für den Ackerbau. Die Gemüsebauern würden nämlich nach unserem System jetzt am Anfang nichts bekommen. Wir wissen aber nicht wie im

Jahre 2009 die wirtschaftliche Situation der Gurkenbauern oder Spargelbauern sein wird und deswegen brauchen wir dann schon ein Umschichten, um die Akzeptanz generell zu bekommen.

StS Dr. Kreer (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei des Landes Mecklenburg-Vorpommern): Ich fühle mich bei drei Punkten angesprochen. Vielleicht nur noch eine Bemerkung zu dem, was Herr Sonnleitner gesagt hat. Ich denke, wenn man die Verwaltungszeit ansieht, und dafür stehen ja auch die Landesregierungen in erster Linie einmal gerade, kann man glaube ich schon wählen zwischen Pest und Cholera. Vielleicht ist das ein wenig überspitzt, aber egal welches System Sie nehmen, Sie werden Schwierigkeiten haben. Man kann das im Grunde nur so rechtfertigen, dass man sagt, wir verständigen uns auf das langfristige Ziel - regionale Flächenprämie. Wir wissen sehr wohl, dass man das nicht in einem Schritt umsetzen kann. Wir brauchen den Gleitflug und darum nehmen wir den Kompromiss, den verwaltungsmäßig auch sehr komplizierten Kompromiss des Kombimodells in Kauf. Anders kann man das nicht rechtfertigen. Aber ich denke, wenn wir über das Betriebsmodell reden, dann ist das aus meiner Sicht auch von der Verwaltungsseite her kein einfacher Weg. Ich habe vorhin schon einmal angedeutet, dass im Laufe des Strukturwandels die Flächen wandern. Auf den Flächen sind dann ganz unterschiedliche Prämienkategorien. Es wird von Jahr zu Jahr komplizierter und wir werden das nicht in den Griff bekommen. Im übrigen, was langfristige Bindung angeht, insbesondere das bei Milch betriebsbezogen zu halten, auch noch einmal der Hinweis, dass alles verbunden ist mit Entkoppelung. Je länger die Zeit fortschreitet, desto mehr Betriebe haben Sie, die eine betriebsbezogene Prämie bekommen, aber gar nicht mehr produzieren. Das betrifft die Milch genauso. Wenn ich mir vorstelle, wir würden das tatsächlich umsetzen und fangen bei der Milch an 2005 zu entkoppeln und lassen bis 2015 das betriebsindividuelle Modell. Das ist ja auch eine Forderung von vielen Bauern, dass alles betriebsbezogen belassen wird. 2006 steigen dann die ersten mit der Milchproduktion aus. Warum sollen die dann 2015 noch Milchprämie bekommen? Ich denke, dass geht letzten Endes auch zulasten der Milcherzeuger.

Zu den konkreten Fragen: Herr Carstensen hatte mich angesprochen, wie ich mir das denn vorstelle. Ich habe gesagt, wir wollen nicht nur über Umverteilung reden und über langfristige Ziele, sondern auch beachten, dass durch die Entkoppelung

Marktanpassung stattfindet. Das ist glaube ich deutlich geworden. Ich glaube, Herr Isermeyer hat das schon gesagt, das konkret zu fassen ist schwierig. Aber von der Tendenz her kann es eigentlich nur in eine Richtung gehen. Ich gehe einmal davon aus, dass alle Betriebe aufhören werden, die jetzt nur produzieren, um eine bestimmte produktbezogene Prämie zu bekommen. Da gibt es ja z.B. Bullenmäster, die sagen: „Mit der reinen Bullenmast decke ich noch nicht einmal meine variablen Kosten. Ich muss aber das Produktionsverfahren machen, um mein Einkommen über die Ausgleichszahlungen zu sichern.“ Diese Betriebe werden mit Sicherheit aussteigen. Das ist nicht nur in der Bullenmast so, ich denke auch im Bereich Milch wird es einige Betriebe geben, die aussteigen werden, wenn die Milchprämie da ist und zumindest im ersten Jahr betriebsbezogen bleibt. Ich kann es Ihnen nicht quantifizieren, was da an Mengen vom Markt genommen wird. Aber tendenziell wird es auf jeden Fall eine Entlastung bringen.

Sie haben dann gefragt, wer in die Lücke stoßen wird. Natürlich wird es möglicherweise verstärkte Importe geben. Aber die Produktionsmengen, die über Importe hier hereinkommen können, die sind ohnehin da. Und wenn wir zumindest bei dem anderen Baustein – der Binnenproduktion – einen Schritt zurück tun und weniger anbieten, dann wird das auch tendenziell zur Markstabilisierung führen. Wenn wir es nicht tun, wäre die Marktsituation mit Sicherheit schlechter.

Dann kam die Frage zu Gemeinwohlleistungen und Cross Compliance, ob da nicht irgendwo eine Überreglementierung droht. Ich bin da völlig Ihrer Auffassung, dass das in der Tat droht, wenn man sich anhört, was von verschiedener Seite für Hoffnungen bestehen, was man über Cross Compliance alles regeln und steuern kann. Dann wird es einem schon übel, auch hier aus Sicht eines derjenigen, die das verwaltungsmäßig umsetzen müssen. Jedes Kriterium, was wir zusätzlich einfügen, muss kontrolliert und vom Bauern dokumentiert werden und das bringt auch entsprechende Risiken für die Bauern, was die Ausgleichszahlungen anbelangt und für das Land, was die Anlastungen anbelangt. Darum noch einmal mein eindeutiger Appell, wir müssen versuchen möglichst wenige, griffige Kriterien zu finden, um die Ziele, die mit Cross Compliance verbunden sind, zu erreichen. Das gilt im übrigen auch ähnlich für den Bund was vorgetragen worden ist, nach einer gewissen Arbeitskräfte-Bindung. Ich stelle mir das sehr schwierig vor. Wir hatten das von Seiten der Landesregierung auch einmal eine Zeit lang verfolgt, sind dann aber im Hinblick auch auf die Umsetzung zum Ergebnis gekommen, dass wir zwei Möglichkeiten haben. Entweder nehmen wir die tatsächlich vorhandenen

Arbeitskräfte. Dann provozieren wir, dass die Bauern Umgehungen machen. Wir provozieren, dass dann mehr Leute auf dem Hof rumlaufen, als dies betriebswirtschaftlich notwendig ist. Nehmen wir den anderen Weg und sagen, das wollen wir ausschließen, machen wir das mit Standardwerten, dann haben wir den ganzen bürokratischen Wust, den wir jetzt haben, auch. Wir müssen alle Produktionsverfahren erfassen und mit Normwerten hochrechnen. Die Entbürokratisierung wäre am Ende. Ich denke, der Grundsatz sollte sein, und das ist auch mehrfach angesprochen worden, dass wir im Fachrecht schon jede Menge Reglementierung für die Bauern haben. Man muss das, was hier eingewendet worden ist, auch sehr ernst nehmen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass die Bauern Geld dafür bekommen, dass sie die Gesetze einhalten. Darum bin ich auch der Auffassung, die Herr Schmitz vorgetragen hat, dass die sicherste Form, gesellschaftliche Akzeptanz zu finden, Vertragsnaturschutz ist. Ich denke auf diesem Weg müssen wir mehr tun. Das ändert aber nichts daran, dass das Grundmodell über Cross Compliance verwaltungsmäßig einfach laufen soll.

Herr Ostendorff hat dann letzten Endes auch die Umverteilung zwischen den Ländern angesprochen. Ich habe aus der Besprechung am 27.11. mitgenommen, dass eine breite Mehrheit, vierzehn Ländern waren das, wenn ich mich recht erinnere, sich dafür ausgesprochen haben, dass es auch zwischen den Regionen Verschiebungen geben muss. Dies mit der Begründung, dass man sagt, dass langfristig ein Entgelt für Gemeinwohlleistungen nur dazu führen kann, dass da eine Vereinheitlichung kommt und das schließt regionale Umverteilung ein. Der Bund hatte vorgeschlagen und will damit in das Gesetzgebungsverfahren gehen, 30 % der in Deutschland zur Verfügung stehenden Prämien nach einem Flächenschlüssel zu verteilen. 30 % der gesamten Prämie, so habe ich das verstanden und dass eben nur der Rest nach den historischen Unterschieden zu verteilen ist. Ich denke, das ist ein erster Schritt, der, so habe ich das verstanden, den Intentionen des Bauernverbandes entsprechen würde. Wie das dann langfristig weitergeht, das ist aus meiner Sicht völlig offen. Im Moment ist nur ein Konsens über den ersten Schritt möglich. Wir haben auf der rechtlichen Seite ohnehin nur im ersten Schritt die Möglichkeit eine regionale Umverteilung vorzunehmen. Dann müssen wir auch wieder davon ausgehen, dass nach einem Mid-Time-Review 2009 oder wann auch immer diese Frage dann noch einmal aufgegriffen werden muss.

AL MDG Hauck (Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum Baden-Württemberg): Zunächst noch eine kleine Anmerkung zu dem Punkt Betriebsprämie vorab und anschließend zur Flächenprämie. Wir sollten uns davor hüten, uns die Nachteile beider Systeme innerhalb der Laufzeit einzuhandeln. Denn sobald wir anfangen, tatsächlich auch in der Fläche Betriebsprämie zunächst zu machen, werden wir riesige Arbeiten haben, nämlich die gesamten Härtefälle, die hier schon angesprochen worden sind. Dies sollten wir natürlich vermeiden. Sicherlich ist der Betriebsprämien – Drop-Up in Ordnung. Über die Frage, wie lange lässt man das laufen, kann man diskutieren. Dann kann man auch über die Frage des Vertrauensschutzes diskutieren. Lässt man bis zum Jahre 2006 dann dieses Drop-Up unverändert und beginnt 2007? Die Frage ist auch, wird die Milch mit abgeschmolzen oder nicht. Das sind also Dinge, bei denen man sicherlich steuern kann, indem man dann Zeitpunkte entsprechend verändert und verschiebt. Ich glaube wir wären auf dem falschen Wege, wenn wir sagen, wir beginnen mit der Betriebsprämie. Das ist verwaltungsmäßig schlichtweg nicht leistbar, wenn man beide Systeme in der Laufzeit fahren müsste. Das nur als kleine Anmerkung.

Dann gab es eine Frage vorhin, die nicht beantwortet wurde, die Frage, wandert die Milch vom Grünland zum Ackerland? Wir können bei uns zumindest sagen, dass die Milch vom Acker- zum Grünland wandert. Dies schlichtweg auch deshalb, weil wir das Grünland durch entsprechende Agrarumweltmaßnahmen gestärkt haben. Zum anderen muss ich sagen, dass die Betriebe auf dem Ackerland natürlich eine höhere Zunahme ihrer Quoten haben, dies schlichtweg deshalb weil auf dem Ackerland ein viel stärkerer Strukturwandel in der Vergangenheit war, weil es Einkommensalternativen gab. Deshalb ist die Milchmenge auf einem Betrieb im Ackerland stärker gewachsen, im Grünlandbereich vielleicht etwas weniger. Insgesamt können wir feststellen, dass leider natürlich auch dadurch die Grünlandregionen die höchsten Quotenpreise bezahlen. Wenn man sich vorstellt, dass der Schwarzwald den höchsten Quotenpreis bezahlt, dann können Sie sich vorstellen, dass die Milch tatsächlich dorthin geht. Und im Ackerbaugebiet sind wir bei 14 Cent. Wer die Quotenpreise kennt, weiß, was das bedeutet. Insoweit denke ich, die Milch geht vom Acker- auf das Grünland. Man muss das ja immer regional sehen und nicht umgekehrt. Die Frage des Arbeitskräftebesatzes, wir haben das häufig probiert und diskutiert. Es ist nicht darstellbar. Es gibt entweder riesige Umgehungstatbestände, es ist verwaltungsmäßig nicht abwickelbar, irgendetwas an

den Arbeitskräftebesatz zu binden. Es passt auch nicht zusammen mit der Forderung und der Zielrichtung dieser Reform, nämlich mehr Wettbewerb. Wenn ich mehr Wettbewerb möchte, muss ich die Effizienz der Arbeitskraft erhöhen und dann kann ich nicht an Arbeitskräftebesatz irgendetwas binden, zumal eben die Mitbewerber am Markt derartige Regelungen nicht haben. Selbst wenn wir sie daran binden, wenn sie dort nichts verdienen, bringt es nichts. Deshalb halte ich die Frage, hier Arbeitskräftebesatz einzuführen für äußerst kritisch, zumal es wieder riesige Schwierigkeiten bei Familienbetrieben, bei den Nebenerwerbsbetrieben, die irgendwo auch wichtige Funktionen in der Landschaft wahrnehmen, geben würde, derartige Dinge hinterher zu verwalten, denn die haben häufig unter 20 % Arbeitskraft oder unter 50 %, Irgendwo müsste man auch da noch einen Abgleich hinbekommen.

Was ist Markt? Ich darf es vielleicht an einem Beispiel verdeutlichen. Auch das war eine Frage, bei der keiner von uns direkt angesprochen war. Als Beispiel – eine Bindung der Kälberprämie. Wir haben eine Diskussion gehabt. Wir haben sehr wenige Kälbermäster, noch vielleicht eine Hand voll im Lande, aber die kamen natürlich und haben gesagt: „Binden wir doch die Kälberprämie.“ Dies vor allem auch im Hinblick auf die Milchviehhaltung, weil da auch Kälber gemästet werden und damit der Kälberpreis bei den Milchviehhalter nicht ins Bodenlose fällt. Etwas, was wir noch gar nicht berücksichtigt haben bei der Gesamtdiskussion Milch ist, dass der Kälberpreis durch die Veränderung im Rindfleischbereich natürlich nach unten geht. Nun muss man sich Folgendes vorstellen. Selbst wenn wir die Kälberprämie binden, wäre der Markt gegen unsere Kälbermäster, weil eben alleine schon die Frage der zugelassenen Futtermittel innerhalb der EU so gravierend unterschiedlich ist, dass wir auf dieser Basis bereits Wettbewerbsnachteile haben. Den Markt bestimmt nicht alleine der Landwirt, sondern auch die Politik und die Auflagen. Deshalb sind wir sehr kritisch, was die Frage der Cross Compliance angeht. Nicht nur deshalb, weil sie mit Agrarumweltleistungen kollidieren, sondern schlichtweg, weil es nicht sein kann, dass wir zusätzlich zu dem schweren Wagen, den wir den Landwirten aufladen, ihnen auch noch die Bremse ziehen. Das kann nicht funktionieren, denn dann werden sie nicht mit den anderen mithalten können. Wir müssen deshalb sehr stark darauf achten, was wir in Cross Compliance tun.

Ich möchte dies noch einmal an einem Beispiel deutlich machen, auch nochmal damit es vielleicht verständlicher wird. Derzeit wird der Erosionsschutz diskutiert. Da sind Vorschläge da, dass 40 %, wer bietet mehr, manche sagen 60 % oder 80 % der

Flächen begrünt oder von Ernterückständen bedeckt sein müssen und nicht vor dem 15. Februar bearbeitet werden dürfen. Eine derartige Regelung würde bei uns spezielle Anbausysteme im grundwasserschonenden Anbau in Wasserschutzgebieten gefährden, weil wir da häufig bei Frost im Winter leicht darüberfahren, um dort beispielsweise die Pflanzendecke einzuarbeiten. Aber derartige Diskussionen laufen. Es würde darüber hinaus die Begrünung im Agrarumweltprogramm gefährden, wenn wir in Deutschland derartige Regelungen machen würden. Und erreichen tun wir dadurch nichts. Die Haupterosionen finden nämlich im Mai / Juni statt, nämlich dann wenn die Frühjahrsgewitter kommen und damit zu erheblichen Erosionen beitragen, auf den zu dem Zeitpunkt offenen Böden. Wir sind derzeit schon wieder auf dem Weg uns irgendwelche Dinge kaputt zu machen, den Landwirten Erschwernisse hinein zu bauen, die so meines Erachtens nicht gehen können und wo wir auch von Fachseite, von Länderseite, vom BMVEL gehalten sind, entsprechende Regelungen zu finden, die nicht dazu führen, dass wir unsere Landwirte im Wettbewerb benachteiligen, dass wir die, die bisher bereit waren im Agrarumweltbereich etwas zu tun, abstrafen, sondern dass wir hier sachgerechte Lösungen finden, die eben wie gesagt eins zu eins aus der EU zu übernehmen sind oder im Vergleich zu anderen EU-Ländern, soweit der Anhang IV, der noch nicht gestaltet ist, eben dem Vergleich standhalten.

Die Umverteilung zwischen den Ländern ist angesprochen worden. Die Frau Bundesministerin wird einen Vorschlag machen auf der Basis von 35 %. Das bedeutet nicht mehr als 5 % Abzug bei den einzelnen Geberländern, d.h. dass ein Land mit 4,9 % betroffen ist, wenn das umgesetzt würde.

Zur Frage der Machbarkeit und Überbürokratisierung bin ich angesprochen worden. Wir sind heute an der Grenze des Machbaren. Wenn wir uns vorstellen, was uns Cross Compliance bringt, dann ist das, was die Frage Verrechnung, Prämien usw. angeht eine relative Kleinigkeit, weil nämlich der gesamte Fachrechtsbereich auch der europäischen Kontrolle unterliegt und es damit zu Anlastungen kommen kann. Wir bewegen uns dort nicht im Mathematischen, wo eins und eins zwei ist, sondern wir bewegen uns in einem Bereich, wo es auf Beurteilungen ankommt. Wir befürchten, dass wenn die Kontrolleure der EU einmal durch alle Mitgliedstaaten durch sind, wir dann so massiv die Schraube andrehen werden, dass es uns allen sehr weh tun wird, also den Landwirten, aber auch der Verwaltung und dass die Leistung fast nicht mehr erbracht werden kann, bzw. es zu erheblichen Anlastungen

kommen wird. Ich muss dazu sagen, weil vorhin einmal eine dahingehende Anmerkung da war, die Verwaltungskosten tragen die Länder und sie werden nicht aus dem Topf, der den Landwirten zur Verfügung steht, beispielsweise in der Modulation, getragen. Da war vorhin eine Andeutung, bei den Landwirten käme nichts an. Die Mittel kommen natürlich irgendwo an, aber natürlich mit entsprechenden Einbußen für die Leistung, die der Landwirt erbringen muss. Das waren glaube ich die Punkte, die angesprochen waren.

Wie machen wir die Agrarumweltmaßnahmen zukunftssicher? Dies im Grunde genommen dadurch, indem wir ordnungsgemäß definieren und sagen, dass sich Cross Compliance auf ordnungsgemäß bezieht und alles was darüberhinaus geht können unsere Landwirte im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen ausgeglichen bekommen. Dankeschön.

Prof. Dr. sc. agr. Stephan Dabbert (Dekan der Fakultät der Agrarwissenschaften, Universität Hohenheim): Ich bin zwar nicht direkt angesprochen worden, aber zu einem Punkt würde ich gerne etwas sagen. Und zwar zu dieser Frage Teilentkopplung / Vollentkopplung. Hier sind sich ja fast alle einig, dass Vollentkopplung das Richtige ist. Das hat Herr Sonnleitner ja auch noch einmal angesprochen, dass nicht alle Länder dies tun. Ich wollte einfach auf die Frage hinweisen, unter welcher Annahme es sinnvoll ist für ein Land voll zu entkoppeln oder unter welcher Annahme es sinnvoll ist, teil zu entkoppeln. Wenn ich davon ausgehe, dass die Agrarreform sich beschleunigen wird und das, was jetzt beschlossen ist, nicht über den beschlossenen Zeitraum Bestand hat und es möglicherweise ein Roll-Back gibt, dann ist es sinnvoll teil zu entkoppeln. Möglicherweise steckt so etwas dahinter. Wir haben hier Änderungen gehabt, die sehr schnell aufeinander gefolgt sind und wir sind auch diesen Weg in die Liberalisierung, den die EU jetzt geht, teilweise wieder rückwärts gegangen, am Beispiel der USA ist dies deutlich. Ich halte es trotzdem für richtig. Ich halte es auch für sehr unwahrscheinlich, dass es so ein Roll-Back gibt. Aber ich denke, es ist wichtig, sich darüber im Klaren zu sein. Nur unter dieser Voraussetzung macht es Sinn teil zu entkoppeln und die Marktanteile auf diesem Weg zu halten.

Klaus Egbers, (Dr. Gemmeke GmbH, Steuerberatungsgesellschaft Landwirtschaftliche Buchstelle): Ich bin danach gefragt worden, wem das

Prämienrecht zusteht. Beim Betriebsmodell wird Eigentümer des Prämienrechts derjenige, der in dem Zeitraum 2000 – 2002 auf einer Fläche gewirtschaftet hat. Im Regionalmodell wird Eigentümer der Prämie, wer in 2005 auf dieser Fläche wirtschaftet. Jetzt hat die neue Ausgestaltung sicherlich einen großen Einfluss sowohl auf den Pachtmarkt als auch auf den Eigentumsmarkt. Ich will ein Beispiel nennen. Derjenige, der in dem Kalenderjahr 2001 einen landwirtschaftlichen Betrieb erworben hat und diesen aber erst im Jahre 2003 bewirtschaften kann und jetzt mittlerweile in die Bewirtschaftung eingestiegen ist, der wird bei Umsetzung des Betriebsmodells keine Prämien erhalten mit der Folge, dass er keine Chance hätte nach derzeitigen Rahmenbedingungen Gewinn zu machen. Wenn das Flächenmodell käme würde er in den Genuss der Prämie kommen. Jetzt ist es natürlich so, Herr Sonnleitner ich stimme Ihnen da zu, dass die grundsätzliche Frage der Entkopplung und der Probleme im Verhältnis Pächter / Verpächter bleibt. Man kann aber natürlich viel besser reagieren, wenn das in der Zukunft liegt und nicht in der Vergangenheit. Wir haben eine erhebliche Flächenänderung in der Vergangenheit gehabt, insbesondere in dem Zeitraum 2000 – 2005. Ich kann mich aber im Vorfeld mit Wirkung für die Zukunft verständigen. Das ist ja immer eine Vertragssituation, in der es darum geht Vertragsverlängerung oder Nichtverlängerung. Da ist es einfacher, wenn ich weiß, mit welchen Rahmenbedingungen ich zu rechnen habe. Wenn das Betriebsmodell kommt wird es sicherlich beschäftigungserheblich sein, aber in erster Linie für Juristen. Und wenn dazu dann noch die Kopplung an die Arbeitskräfte erfolgt, dann werden die Steuerberater davon ihr Einkommen erzielen können. Dies scheint dann sicher zu sein. Dankeschön.

Prof. Dr. Folkhard Isermeyer (Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)): Ich bin zu einer ganzen Reihe von Punkten angesprochen worden. Ich versuche jetzt eine eigene Reihenfolge da hinein zu bringen, um ein bisschen mit der Zeit umgehen zu können. Ich schließe an die Frage an, wem die Prämie gehört. Da habe ich vorhin schon gesagt, das können nur die Juristen beantworten, das kann ich nicht beantworten. Ich sehe eigentlich auch keinen hier im Raum, der das jetzt hier jetzt abschließend beantworten kann. Luxemburg sagt, die Prämie gehört dem, dem sie zugeteilt worden ist. Einige Juristen sagen, dass das mit dem BGB so nicht vereinbar ist. Das kann ich nur in den Raum stellen. Aus ökonomischer Sicht ist aber eines von Bedeutung. Auch nach dem Jahre 2005 werden Pachtverträge auslaufen.

Wir haben aber bei dem Regionalmodell die Situation, dass alle Agrarflächen in Deutschland dann ein Prämienrecht haben werden. Beim Betriebsmodell dagegen wird es eine Anzahl von, wir wissen es nicht genau, 1-2 Mio. Hektar geben, die kein Prämienrecht haben. Dann ist die Situation grundsätzlich anders, wenn ein Pachtvertrag ausläuft. Denn dann wird der Prämienrechtinhaber, also der Pächter der Pachtsache, dieses Prämienrecht nicht einfach mitgeben, denn es gibt ja ganz viele Hektare, die warten nur darauf und treten als Nachfrager auf. Das Prämienrecht wird dann veräußert an andere und die Fläche geht ohne Recht zurück. Das führt natürlich erst einmal zu gravierenden Veränderungen. Wenn wir uns da insoweit einig sind, haben wir den ersten Schritt der Argumentation vereinbart.

Beim regionalen Einheitsmodell, in der reinen Form, also kein Kombimodell, ist die Sache insoweit anders, als natürlich juristisch der Rechtsinhaber wiederum sagen kann: "Ich gebe es Dir nicht mit." Nur er hat keine Alternative, die ökonomisch interessant ist. Denn wo soll er es denn hingeben? Alle anderen Flächen haben doch schon ein Flächenprämienrecht. (auf Zwischenruf) Nein kostenlos nicht, aber für einen kleinen Anerkennungsbeitrag. Ökonomisch ist das ein ganz gravierender Unterschied. Ich habe das ja reichlich publiziert. Sie können das nachlesen. Das ist ein gravierender Unterschied und diesen Unterschied muss man sorgfältig aufarbeiten, bevor man zu Entscheidungen kommt.

Ich bin dann zum Thema Milch verschiedentlich gefragt worden. Zunächst einmal Herr Carstensen, Sie hatten vorhin so nett auf meine Anmerkung „das passe nicht in die Philosophie“ hin gesagt, von Philosophie könne man nicht leben. Das ist völlig klar. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir wirklich versuchen zu begreifen, was Vollentkopplung heißt. Und bei der Milch ist die Vollentkopplung Beschlusslage. Da kommen wir nicht dran vorbei. In dieser vollentkoppelten Welt, in die wir da hinein laufen, ist es so, dass eine entkoppelte Milchprämie, wenn ich sie denn an den Hektar binde, im Laufe weniger Jahre eine ganz schlichte wertvolle Hektarprämie sein wird, aber es ist und bleibt ein hektarbezogenes Recht. Und als solches macht es sich dann selbständig auf dem Markt für Prämienrechte. Die Landwirte werden schon nach wenigen Jahren gar nicht mehr wissen, wie ihre Prämienrechtesammlung, die sie da im Schrank haben und jedes Jahr zum Amt tragen können, um die Gelder dann zu bekommen, eigentlich generiert wurde, ob das Bullen oder Getreide war, oder wo eigentlich der Ursprung war. Das sind einfach schlichte Rechte. Jetzt ist nur die Frage, was nützt es einem Milchbauern ihm ein

besonders werthaltiges flächenbezogenes Recht zu lassen. Das nützt natürlich für Liquidität. Es ist aber wichtig den Unterschied zwischen Liquidität und Rentabilität zu beachten. Liquidität bringt es, wenn wir die Betriebsprämie haben. Die lässt nämlich die Liquidität bei den Milchviehbetrieben. Ich hatte aber vorhin schon gesagt, dass der Strukturwandel weiterläuft. Die Hälfte der Betriebe wird schon nach zehn Jahren keine Milchviehhaltung mehr betreiben. Das ist der entscheidende Punkt bei der ganzen Geschichte. Sie haben dann das Problem der Legitimation. Sie können nach zehn Jahren dieses nicht mehr legitimieren, dass auf zwei Flächen zum einen tausend Euro pro Hektar und zum anderen einhundert Euro pro Hektar Prämie gezahlt werden, obwohl die Landwirte inzwischen vielleicht beide im Nebenerwerb sind und beide genau das Gleiche machen. Das ist das Kernproblem. Deswegen sind wir, so hatte ich vorhin auch ihre Nachfrage verstanden, glaube ich gar nicht so weit auseinander, dass wir sagen, im Sinne des Vertrauensschutzes ist es wichtig nicht sofort umzuschalten auf eine regionale Einheitsprämie, weil der Verlust beträchtlich wäre. Wenn wir den Ball einmal zwanzig Jahr nach vorne werfen gibt es keine Rechtfertigung für so starke Rechtswertigkeitsunterschiede. Also spricht ja alles für ein Kombimodell.

Es ist die Frage, wie gestaltet man das Kombimodell. Da ist es nach meinem Dafürhalten nur wichtig, dass wir mit der Grundentscheidung regionale Einheitsprämie beginnen und dann, so wie es die Luxemburger Beschlüsse und die Rechtstexte zulassen, für einen noch zu verhandelnden Zeitraum den Milchviehbetrieben die Liquidität sichern. Da müssen wir ja nicht schon im Jahre 2005 / 2006 anfangen abzuschmelzen. Das können wir ja nach hinten herschieben. Wir vermeiden eine Menge Probleme, wenn wir von vornherein mit dem einheitlichen regionalen Einheitsprinzip als Grundsatz anfangen. In dem Kombimodell kann man das ja so gestalten, dass die Flächenkomponente sehr niedrig und die Betriebskomponente sehr hoch ist und auch ein Stück weit nach vorne gezogen wird. Da muss glaube ich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Gestaltungsspielräume ausloten. Aber jetzt auf der Betriebsprämie wieder anzufangen und dieses erstmal zu implementieren und dann nach hinten raus irgendwann umschalten zu wollen führt zu allen Nachteilen der Betriebsprämie, die ja hier vorhin genannt worden sind und die ich aus Zeitgründen hier nicht abermals wiederholen will.

Mein Fazit wäre, wenn ich einen völligen Sonderweg Milch irgendwo in Anlehnung an die reine Betriebsprämie beginne, dann laufe ich in eine Situation hinein, die ich

nachher wiederum nicht durchhalten kann. Das ist glaube ich in der Geschichte der deutschen und der europäischen Agrarpolitik ja nun inzwischen keine ganz neue Situation, dass die Wissenschaftler schon häufig den Politikern gesagt haben: „Ihr müsst auf das Ende schauen. Ihr müsst nach hinten hin schauen.“

(auf Zwischenruf) Nach hinten hin haben wir uns ja jetzt doch entschieden unter dem Druck, den Agrarökonomien aber schon frühzeitig vorausgesagt haben. Das sind einfach Druckverhältnisse und wir können heute schon voraussagen, dass Sie eine Betriebsprämie im Jahre 2015 nicht mehr begründen können und deswegen müssen sie den Landwirten heute Planungssicherheit schaffen und zugleich Liquidität und da ist ein Kombimodell einfach eine schicke Sache. Natürlich ist das kein bestmögliches Modell, wie sich das vielleicht in einer Utopie mancher vorstellt. Aber jedes Modell hat Nachteile, das ist ja vorhin schon deutlich geworden.

Es war dann die Frage im Raum, Herr Weisheit hat sie gestellt, ob das nicht dazu führt, dass die Abwanderung der Milch aus den Grünlandregionen immer weiter fortschreitet. Eine Teilantwort wurde dazu ja schon gegeben. Wenn wir national wie international herumschauen, ist es einfach keine Gesetzmäßigkeit, dass Milch grundsätzlich aus Grünlandregionen abwandert. Im Gegenteil, es gibt in Deutschland Bundesländer, wo sie in Grünlandregionen hinein gewandert ist und es gibt Bundesländer, wo sie herausgewandert ist. Es gibt auch international sehr starke Länder, wo reine grünlandbezogene Milchproduktion gemacht wird. Wir haben nur gerade in Irland die Situation, Irland als klassisches Grünland Land, dass selbst in Irland wegen der Maisprämie die Landwirte angefangen haben, das Grünland umzubrechen, um an die Maisprämie heran zu kommen. Das wird jetzt mit der neuen Politik beendet sein. Ich denke, wenn wir uns die Frage stellen, wo denn die Milch künftig hinwandern wird, dann ist es nicht die Frage Grün- oder Ackerland, sondern es ist die Frage, wie gut sind die verschiedenen Regionen in der Lage zu investieren. Das ist der entscheidende Punkt. Das ist die Frage. Das wurde ja vorhin auch schon von Herrn Schmitz angesprochen. Wenn wir vorausschauende Politik machen, müssen wir den Unternehmern, die die Arbeitsplätze für Übermorgen sicherstellen rechtliche Rahmenbedingungen aber auch vor Ort gute Rahmenbedingungen geben, damit sie investieren können. Da haben wir in vielen Teilen Deutschlands bekanntlich keine ganz einfache Situation. Die Regionen, die das am besten schaffen, unabhängig davon, ob es Acker- oder Grünland ist, die werden für die weitere Zukunft auch Anteile bei der Milch hinzugewinnen. Ich glaube es gehört auch zur politischen Redlichkeit, dass man sagt, dass die Direktzahlungen, diese 5,6

Milliarden Euro an die deutsche Landwirtschaft, nicht nachhaltig zu sichern sind. Egal welches Modell wir nehmen. Beim Betriebsmodell würde ich einschätzen, aber da haben wir unterschiedliche Einschätzungen am Tisch, ist die Legitimierbarkeit schneller erschöpft. Aber auch, und das möchte ich deutlich sagen, bei der regionalen Einheitsprämie werden wir hohe Pachtpreise haben. Das ist für die aktiven Landwirte der Zukunft ein durchlaufender Posten. Das gilt bei der Betriebsprämie aber nach einigen Jahren genauso. Bei der regionalen Einheitsprämie wird das erkannt werden. Wenn wir jetzt Pachtanteile von 62 - 63 % haben und gehen im Strukturwandel dann irgendwann Richtung 70-80 %, dann wird man sich immer stärker fragen, und das werden sich sogar die aktiven Landwirte fragen, warum die das eigentlich machen. Sie stehen als Subventionsempfänger in der gesellschaftlichen Debatte mit dem Rücken an der Wand und haben zugleich die Tatsache, dass 80 % der Subventionen im Grunde durchgereicht werden an die Grundeigentümer. Insoweit bleibt, wenn wir ganz weit nach hinten schauen, die zweite Säule als ein ganz wichtiger Kernbestand Teil der Agrarpolitik und die erste Säule wird strukturell immer wieder unter Druck sein. Ich hoffe, dass ich damit die wesentlichen Fragen beantwortet habe.

Prof. Dr. Dr. h.c. Friedrich Kuhlmann (Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Gießen): Ich hatte ja sehr stark dafür plädiert, dass es zu einer EU-einheitlichen Regelung der Direktzahlungen kommen und sich Deutschland da ggfs. bewegen sollte.

Sie, Herr Carstensen, hatten mich gefragt, was ich unter einer EU-einheitlichen Regelung verstehe. Ich will ganz deutlich sagen, wenn die Einheitlichkeit nur zu erreichen ist mit einer Teilentkopplung, dann würde ich trotzdem, obwohl ich für die Vollentkopplung bin, dafür sein, dieses zunächst zu machen. Für mich besteht nämlich die größte Angst, dass es Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Mitgliedstaaten geben wird. Natürlich wäre es schön, wenn Deutschland eine Regelung finden könnte, die zu Wettbewerbsvorteilen für unsere deutschen Erzeuger führen würde. Aber ich glaube, das ist wenig realistisch. Ich habe eher die Angst, dass eine Sonderregelung Deutschlands dahin führt, dass die deutschen Erzeuger wegen höherer Regelungsdichte usw. eher benachteiligt werden. Das ist ja hier besprochen worden. Also nur unterhalb der Ebene der Einheitlichkeit bin ich selbstverständlich für volle Entkopplung.

Ich bin dafür, dass die Produktion zu den Standorten wandert, wo sie am kostengünstigsten ist. Damit würde sich auch nicht vertragen, dass man die Milch zum Teil an die Grünlandflächen bindet. Herr Isermeyer hat das eben angedeutet; es gibt bei Grünlandflächen so große Unterschiede in der Qualität zwischen Bergflächen, die trocken sind und sehr hoch ertragsreichen Flächen. Die Wanderung findet nicht dadurch statt, dass es Grünland ist oder Ackerland. Sondern die Wanderung findet statt aufgrund der Gegebenheiten innerhalb der Grünlandflächen. Wenn wir wollen - aus der Sicht der Verbraucher - , dass die Standorte genutzt werden, an denen die jeweiligen Produktionen am kostengünstigsten sind, dann müssen wir uns auch damit abfinden, dass solche Wanderungen vorkommen. Was die Bindung an die Arbeitskraft angeht, diese Diskussion sollte gar nicht wieder hochkommen. Niemand von uns kann abschätzen, welche Wirkungen diese EU-Agrarpolitik auf die Arbeitskräfte haben wird. Es kann genau so gut sein, dass sich der Sonderkulturbau stärker ausdehnt und dadurch neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das kann momentan ehrlicherweise niemand vorhersehen. (auf Zwischenruf) Wir haben mehr Verwaltung, das gibt natürlich mehr Arbeitsplätze. Das ist richtig.

Es ist schon schlimm genug, dass die Direktzahlungen nach wie vor an die Flächen gebunden sind, Herr Isermeyer hatte auch das eben gesagt. In einem Land, wo 60 % der Flächen Pachtflächen sind und Eigentümern gehören, die gar nicht mehr in der Landwirtschaft tätig sind, heißt das natürlich, dass auch die neue Regelung letztlich zur Stabilisierung der Landeigentümer und nicht der Bewirtschafter beiträgt. Damit müssen wir uns wohl abfinden, weil eine andere Regelung nicht angeht.

Herr Carstensen, ich muss noch ergänzen, was ich mit EU gemeint habe. Ich habe EU 15 gemeint. Ich glaube, dass das mit den neuen Beitrittsländern ein Hilfsargument ist, was hier nicht ziehen kann, denn diese Übergangsregelungen für neue Beitrittsländer werden wir immer wieder bekommen. Wenn die ersten jetzt beigetreten sind, dann werden Sie in ein paar Jahren das Problem haben, wenn die nächsten beitreten. (auf Zwischenruf) Zunächst geht es darum, dass die 90 % der Produktion in Europa, die in den alten Mitgliedsländern stattfinden, einheitlich geregelt werden. Jedenfalls ist das mein Plädoyer.

Lutz Ribbe (Euronatur): Ich fange bei der Frage von Herrn Weisheit an. Er hat ja die Frage gestellt, ob wir die Milchproduktion an Standorte binden können. Ich entnehme daraus auch die Befürchtung, dass sie sich aus bestimmten Standorten

zurückziehen können. Ich sehe die Gefahr, dass sie abwandert. Ich sehe allerdings momentan nicht, dass mit der ersten Säule noch eine tatsächliche Bindung stattfinden kann, weil wir entkoppeln. Entkoppelt ist entkoppelt. Das Einzige was ich in der ersten Säule sehe ist der nationale Envelop, bei dem ich Möglichkeiten habe, insbesondere Produktionsformen, die u.a. für die Umwelt wertvoll sind, zu fördern. Da kann ich eine gewisse Form von Entkopplung hin bekommen. Herr Carstensen hatte mich angesprochen und gesagt, man müsse aufpassen, dass man die 5 Milliarden der Landwirtschaft nicht entzieht. Ich stimme da vollkommen überein. Ich hoffe, ich bin da nicht missverstanden worden. Mein Plädoyer ist ja: lasst uns gucken, dass wir eine Begründung finden für die zukünftigen Zahlungen an die Landwirte in der Gesellschaft, damit nicht permanent die Frage gestellt wird, ob wir da nicht etwas wegnehmen können.

Da kommen wir zu dem Punkt, ob das mehr Auflagen sein müssen. Ich glaube gar nicht, dass das unbedingt mehr Auflagen sein müssen. Aber Sie müssen ja vor die Gesellschaft treten und sagen; dafür bekommt der Landwirt jetzt Geld. Ich glaube, die alte Begründung zieht nicht mehr. Die Preisausgleichzahlungen sind obsolet. Wenn ich entkoppelt habe, gibt es sie nicht mehr. Cross Compliance wird es sein. Ich gebe Ihnen vollkommen recht, das darf nicht überzogen sein, das darf auch nicht in einem überzogenen Bürokratismus enden, wobei man den Bürokratismus der heutigen Regelung auch nicht unterschätzen sollte. Wenn also momentan die Vermesser rausgehen und rechnen müssen, ob da eine Hecke in ein Maisfeld hinein gewachsen ist, wenn ja ziehen sie etwas ab, wenn nein, kann es so weitergehen. Also Bürokratismus ist ja jetzt keine Erfindung dieser Agrarreform. Das muss man mal eindeutig sehen.

Herr Ostendorff hatte gefragt, wie wir die Agrarumweltmaßnahmen sicher machen können. Ich glaube, dass die Agrarumweltmaßnahmen momentan wesentlich eher akzeptiert würden als die normalen Zahlungen aus der ersten Säule. Ich glaube, das hat auch Herr Isermeyer dargestellt und es ist auch von Seiten der Ländervertreter nochmals gekommen, dass die Akzeptanz für Zahlungen in der zweiten Säule und für Zahlungen, die mit Multifunktionalität verbunden sind, höher ist. Eine Garantie wird es dafür nicht geben, gar keine Frage. Ich bin ziemlich sicher, dass es Verschiebungen geben wird. Ich glaube schon, dass Baden-Württemberg und Bayern, gerade die beiden Bundesländer, in denen sehr stark auf die zweite Säule gesetzt wird, weit überdurchschnittlich als andere Bundesländer Schwierigkeiten

bekommen werden, z.B. bei der Grundförderung Grünland. Das hat damit zu tun, dass die EU auf der einen Seite vom Umbruchverbot spricht, auf der anderen Seite kommt eine Grünlandprämie. Sie wird kommen, davon gehe ich jedenfalls aus. Dann wird es sehr schwierig sein, das dort zu halten. Es wird in meinen Augen wahnsinnig wichtig sein, um die Produktion auf diesen Standorten zu halten - Sie haben darauf hingewiesen, dass ein Teil der Grünlandbewirtschaftung deshalb noch geschieht, weil sie momentan eine attraktive Förderung darstellen können - jetzt beim Einstieg darauf zu achten, dass das Grünland nicht unten durch fällt. Die Rechnung fand ich hoch interessant. Sie haben gesagt, Baden-Württemberg wird bei den bisherigen Gedankenmodellen eine Grünlandprämie bekommen von 59 – 60 Euro am Einstieg. Wenn man jetzt einfach mal schaut, wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb 5000 Kilo Quote auf dem Grünland hat und ich eine Milchpreissenkung von 6 – 7 Cent erwarte, die nur partiell ausgeglichen wird, werden Betriebe mit einer Grünlandprämie von 60 Euro die Verlierer dieser Reform zumindest beim Einstieg werden. Deshalb hat der Gedanke, den Herr Isermeyer entwickelt hatte, einen Charme, jetzt diese Umverteilung, diese 35 % tatsächlich zu nutzen, eine bundesweit einheitliche Prämie einzuführen für Acker- und Grünland gleich, da liegt man gleich bei 140 Euro, wenn ich richtig informiert war, dann zu schauen, wie ich die anderen Sachen zunächst betriebsbezogen halte und dann eben im Gleitflug herunter fahre auf eine einheitliche Prämie. Ich habe dann aber eine Grundförderung im Grünlandbereich, bei der Milchviehbetriebe, die auf Grünland wirtschaften nicht so stark betroffen sein würden, wie sich das jetzt abzeichnet. Das betrifft dann auch gerade das Emsland. Ich glaube, wenn man einmal eine regionsbezogene Analyse machen würde, würde das Emsland, auch wenn da jetzt erst einmal eine Grünlandprämie reinfließt, zu Beginn eher negativ darstehen. Das ist eine ganz spannende Geschichte. Bei der Frage der Kompensation und des Ausgleichs wird immer nur auf die Prämienhöhe gerechnet. Die Preisverluste, die die Landwirte dadurch haben werden, dass der Milchpreis nicht vollkommen ausgeglichen wird, werden dabei nicht einkalkuliert. Das ist, glaube ich, die ganz große Gefahr momentan für die Grünlandbetriebe.

Prof. Dr. P. Michael Schmitz (Dekan der Justus-Liebig-Universität Gießen):

Vielen Dank. Ich möchte zu drei Fragen bzw. zu drei Kommentaren Stellung nehmen, zu Herrn Carstensen, Herrn Ostendorff und Herrn Goldmann.

Vorweg möchte ich noch einmal unterstreichen, was Herr Sonnleitner klar gestellt hat. Die Betriebsprämie und die Flächenprämie führen deswegen auch zu

Verwirrungen in der Diskussion, weil man sie den Einheiten Flächen und Betrieb zuordnet, in der Tat sind es aber beide Bewirtschaftungsprämien. Das ist glaube ich ein wichtiger Punkt. Wenn man es voll entkoppelt, dafür spricht ja einiges, dann sind auch die Produktions- und die Faktoreinsatzeffekte je nachdem was man macht, völlig ähnlich oder identisch. Es gibt keine Unterschiede mehr, ob Acker- oder Grünlandmilch. Wenn das entkoppelt ist, wird das andere Entscheidungen beeinflussen. Die Preis- und Kostenstruktur, die Herr Kuhlmann angesprochen hat, wird darüber entscheiden, in welche Richtung das geht und ob eventuell politischer Nachsteuerungsbedarf auf ganz anderer Ebene besteht.

Die erste Frage von Herrn Carstensen ging in Richtung der zweiten Säule. Ich schließe an das an, was Herr Isermeyer gesagt hat. Dieser Säule kommt eine große Bedeutung zu. Ich sehe ein bisschen visionär zwei große Subsäulen dieser zweiten Säule der Agrarpolitik. In der einen Subsäule müssen wir uns glaube ich ganz klar konzentrieren auf eine wachstumsorientierte Investitionsförderung der Betriebe, die auch heute vielleicht noch Nachteile haben im deutschen Umfeld im Vergleich zu Europa. Das würde der Forderung von Herrn Carstensen entsprechen, dass die Politik sich konzentrieren muss auf die wirtschaftenden Betriebe und die erfolgreichen. Dann dürfen auch keine Grenzen eingezogen werden, um vermeintliche Überschüsse noch zu vermeiden, denn das ist nicht mehr die Welt in der wir heute leben. Investitionsförderung muss auf die leistungsstarken Betriebe konzentriert werden. Unter die zweite Subsäule würde ich Umwelt-, Gesundheits- und Tierschutz, also die eher nichtökonomischen Ziele fassen. Diese könnten eher regional ausgerichtet sein aber einheitliche Rahmenbedingungen haben, während die Investitionsförderung bundeseinheitlich organisiert werden sollte. Ich hatte vorhin mehr Projektkontrolle eingefordert gerade in diesem Bereich. Es kann in Zukunft nicht mehr Umwelt-, Tierschutz- und Gesundheitserfolg daran gemessen werden, wieviel Flächenanteile in einem Programm sind, was ja schick war bislang. Es muss ergebnisorientiert vorgewiesen werden. Dann reicht es auch nicht, wenn man Ökolandwirt ist oder ein anderer Landwirt. Man muss dann die Ergebnisse zeigen, was Umwelt-, Tier- und Gesundheitsschutz angeht. Von der Ergebnisseite muss man das angehen. Dass das nicht einfach ist, ist mir bewusst.

Es gab eine Bemerkung oder Frage von Herrn Ostendorff: Prämienbindung an Arbeitskräfte. Das wäre ja ein Rückfall in alte Zeiten. Mit den Preisstützungen über

Marktordnung haben wir eine volle Produktionswirksamkeit gehabt. Dann haben wir irgendwann unsere Prämien eingeführt, die wir jetzt haben. Dann ist ein bisschen Produktionswirksamkeit zurückgenommen worden, weil wir es an die Nutzflächen und die Nutztiere gebunden haben. Jetzt haben wir uns endlich entschieden, weil es auch international opportuner ist und vielleicht auch unsere Chancen erhält, die Landwirtschaft weiter zu stützen, zu entkoppeln, diesen Weg also weiter zu gehen. Jetzt Zahlungen an Arbeitskräfte, Arbeitskräfteeinsatz, sei es Standard oder tatsächlich zu binden, wäre gewissermaßen ein Rückfall in alte Zeiten, würde dann natürlich Produktions- und Faktoreinsätze wiederum verzerren und würde auch gegen den Trend laufen. Wenn man das beobachtet ist es so, dass Landwirtschaft immer kapitalintensiver wird. Arbeitskräfte werden in der Tendenz freigesetzt. Das würde man aufhalten. Man würde möglicherweise genau das Gegenteil von dem bewirken, was man möchte. Man macht damit gerade auch in Deutschland die Betriebe weniger wettbewerbsfähig, weil sie dann mit höherem Arbeitseinsatz wirtschaften müssten.

Letzte Bemerkung zu diesem Thema, mit Agrarpolitik kann man eigentlich nicht wirksam und sinnvoll Arbeitsmarktpolitik machen. Dafür habe wir ja auch eigene Instrumente der Politik. Wenn in jedem Politikbereich angefangen würde, Arbeitsmarktpolitik zu machen, dann kommen wir in Teufels Küche. Dann haben wir ein Cross Shooting über die verschiedenen Politikbereiche hinaus, so dass man nicht mehr genau die Ziele ansteuern kann.

Letzte Frage von Herrn Goldman: Welche Auswirkungen gibt es eigentlich bei einer Vollentkopplung? Ich denke, die Auswirkungen sind in verschiedenen Literaturbeiträgen auch beschrieben worden, auch von Herrn Isermeyer. Es gibt Produktionseinbrüche und es gibt eine extensivere Produktionsweise, vermute ich, die Produktionsstruktur wird sich verändern. Jetzt komme ich auf das, was Herr Voß einbrachte auf meine Bemerkung hin, wir werden unsere Nettozahlerposition verschärfen. Da hatte er eingewandt, dass es einen Prämienplafond auf der europäischen Ebene gibt. Das schützt aber nicht vor der Erhöhung der Nettozahlerposition. Denn wenn Deutschland in bestimmten Produktionsbereichen die Produktion zurückfährt, weil wir voll entkoppeln, und die anderen lassen eine Teilentkopplung bestehen, dann geht es eben dort nicht zurück. Dann wird zwar für diese Länder nicht mehr an Prämien gezahlt, wie etwa für Frankreich, aber wir sind über die Exporterstattung und die Importabschöpfung und alle Interventionsmaßnahmen anteilig schlechter gestellt und dann transferieren wir Geld

in die anderen Ländern. Ein bisschen Sorge habe ich auch hinsichtlich dem, was Herr Dabbert sagte. Wenn die anderen wirklich nicht voll entkoppeln, sondern sich für eine Teilentkopplung entscheiden, dann zögere ich etwas mit meinem Plädoyer für die Vollentkopplung, was ansonsten aufrecht zu erhalten ist. Das ist wirklich eine schwierige Frage, auf die ich noch keine Antwort habe. Wenn es einige Länder wären, wenn das nicht viele sind, kann man das vielleicht verschmerzen, aber wenn da sehr viele sind, die sich für eine Teilentkopplung entscheiden, dann könnte es im innergemeinschaftlichen Transfersystem und was die Marktanteilsverluste der deutschen Landwirte angeht ein Problem geben. Dankeschön.

Bernd Voß (Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU): Vielleicht noch einmal zum letzten Punkt. Mir ging es im Grunde darum, darzustellen, dass die anderen Länder nicht machen können, was sie wollen, Exportsubventionen und diese Dinge sind ja wenn auch nicht genug runtergefahren worden, so dass wir keine völlige Verwerfung bekommen. Ansonsten ist die Problemdarstellung richtig.

Noch einen Satz zum Thema Milch und Grünland. Es ist völlig klar. Sie haben das Stichwort der Rentabilität gebracht. Die Betriebe sind zukünftig, wenn die Entkopplung pünktlich 2005 kommt, was die Rentabilitätsfrage der Betriebe angeht, gleichgestellt. Aber wir haben seit zehn Jahren, ein staatliches System, was bestimmte Betriebsgruppen, bestimmte Regionen benachteiligt und das mit entsprechenden Folgen für die Liquidität und damit auch für die Wachstumschancen, was Quotenkauf, was Investitionen usw. angeht. Im Moment ist der Kampf eben so spannend, wenn ich das Wort Kampf benutzen darf, welches System wir bekommen: ob wir z.B. den Plafond bekommen oder ein System, wo 35 % bundesweit nivelliert werden, bei dem ich im Grünland schon einen ordentlichen Einstieg habe oder ob die Möglichkeit wahrgenommen wird in einigen Bundesländern, die Ackerprämie herüber zu transportieren ins Grünland, weil dort eben entsprechend die Produktivitätssteigerung so hoch war und recht gut kompensiert war, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Der weitere Punkt auf den ich eingehen möchte, ist die Frage der Arbeitsplätze. Die Frage der Arbeitsplätze ist ja nicht von der ABL thematisiert worden in diesem System allein, sondern die Kommission hat bei ihren verschiedenen Vorschlägen es immer wieder eingebracht und bei der Agenda 2000 bzw. jetzt zum Mid-Time-Review standen ja die 300.000 pro Betrieb im Raum, wogegen wir auch waren, weil wir in

Westdeutschland aber auch in den neuen Bundesländern gerade die Betriebe sehen, die entsprechend Arbeitskräfte beschäftigen und die entsprechend wegfallen würden. Nichts desto trotz, Herr Sonnleitner hat in seinem Eingangsstatement das Stichwort Arbeitslosigkeit und Arbeitsplätze schaffen gegeben und auch das Geld dafür wird das Zukunftsthema zumindest des nächsten Jahrzehnts bleiben und auch was gesellschaftliche Rechtfertigung anbelangt ein ganz zentraler Punkt bleiben. Das gilt, um das noch nachzuschieben, für Betriebe, die klein sind, die relativ intensiv sind und wo relativ viel Arbeitsplätze z.B. in Form von Familienmitglieder oder dem Betriebsleiter allein zu finden sind. Von daher kommt unser Vorschlag, herunter zu schmelzen auf einen Sockel von 30.000 Euro pro Betrieb als Grundsockel und entsprechend aufzustocken, um die halbe Lohnsumme der sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräfte. Das wäre, was die Verwaltung anbelangt, ein äußerst simples System. Wir haben in den Sozialversicherungen alle Daten da. Alles andere fällt nicht darunter. Wenn man bedenkt, wie beim Diesel schon hin und her gerechnet wurde, wer wo welche Leistung einkauft, wäre das wirklich simpel dagegen. Ich denke die Agrarpolitik ist im Moment überfordert auf EU-Ebene aber auch national, diesen Punkt bereits einzubringen. Aber wenn wir die 5 bis 6 Milliarden Euro Zahlung für die Landwirtschaft sicher machen wollen, dann müssen wir zukünftig den Arbeitsfaktor stärker hinein nehmen. Wir kommen da nicht herum, weil die Gesellschaft mit diesen Arbeitsmarktproblemen diese Zahlung anderweitig langfristig nicht akzeptieren wird.

Die amtierende Vorsitzende: Wir machen jetzt noch eine letzte Frage- und Antwortrunde, in der Sie dann noch einmal gegenseitig auf die Beiträge eingehen können. Also es stehen jetzt auf der Liste Herr Bleser, Herr Jahr, Herr Priesmeier und ich.

Abg. Peter Bleser: Ich glaube, man muss den Satz vorweg schon sagen, dass diese Agrarreform, die ja nun einmal die Laufzeit der Agenda 2000 erheblich verkürzt hat, eine Zäsur darstellt, dessen Auswirkungen wir uns überhaupt noch nicht ausmalen können.

Ich will mich auf wenige Dinge konzentrieren. Herr Sonnleitner, der Milchmarkt ist ein ganz entscheidender Bereich in dem ein hoher Anteil der deutschen Landwirtschaft erwirtschaftet wird. Können Sie abschätzen, was Betriebe für Situationen ertragen müssen, wenn jetzt nach Absenkung des Interventionspreises der Milchpreis auf die

etwa 20 Cent sinkt und dort Investitionen, die doch Laufzeiten von 15-20 Jahren haben, finanziert werden müssen? Welche Konsequenzen sind hier zu erwarten im Bereich der landwirtschaftlichen Betriebe aber auch im Bereich der nachgelagerten Wirtschaft - nämlich der Molkereien, der Milchverarbeitung - ? Welche Marktanteile sehen Sie hier gefährdet, wenn die Umsetzung dieser Beschlüsse ohne dass die Kompensation im Bereich Milch auch entsprechend fixiert wird in Form einer Betriebsprämie oder nötigenfalls sogar einer Kopplung für die volle Laufzeit der Ausgleichszahlungen?

Desweiteren hätte ich gerne die Auskunft von Herrn Prof. Kuhlmann, inwieweit er im übrigen Bereich Produktionsanteile schwinden sieht, indem unterschiedliche Modelle innerhalb der europäischen Union umgesetzt werden im Bereich Veredelungswirtschaft, welche Marktanteilswanderungen sind hier zu erwarten? Dies möchte ich gerne beleuchtet haben vor dem Hintergrund einer Abschätzung über die Laufzeit dieser Reform. Wir haben erlebt, dass die Agenda 2000, der Name war allein schon hochtrabend, eine nicht sehr lange Frist durchlebt hat, sondern schon nach drei Jahren quasi obsolet war und eine komplett neue Reform entstanden ist. Und die Frage auch zu dem Thema Planungssicherheit, was ja für die Ökonomen, Herr Prof. Isermeyer, eine ganz entscheidende Grundlage ist, die Abschätzung der Dauerhaftigkeit dieser Reform und der damit verbundenen Entscheidungen der in diesem Bereich tätigen Unternehmen. Diese sind aus meiner Sicht und der heutigen Perspektive sehr schwierig zu beurteilen.

Desweiteren hätte ich gerne eine Abschätzung, was an Arbeitsplatzverlusten mit dieser Reform verbunden ist, wenn wir es nicht schaffen, den wesentlichen Sektor der deutschen Landwirtschaft, nämlich die Veredlung zumindest in eine Situation zu versetzen, in der sie wettbewerbsfähig sein kann. Ich sage dies vor dem Hintergrund, dass wir eine gesamtwirtschaftliche Lage haben, in der wir uns nicht leisten können, dass wir auch in diesem Bereich weitere Beschäftigungsmöglichkeiten verlieren.

Zum Dritten hätte ich gerne von irgendjemandem, der sich da berufen fühlt, die Einschätzung, vielleicht kann es aber auch die Bundesregierung sagen, ob es ganz konkret möglich und rechtlich geklärt ist, dass die Milchprämie als Betriebsprämie aufrecht erhalten werden kann. Vielleicht können Sie das, Herrn Sonnleitner, mit beantworten. Das ist eine ganz entscheidende Frage, weil wir ansonsten hier die größten Brüche zu erwarten haben. Vielleicht kann auch hier die Bundesregierung oder wer sonst sich berufen fühlt, noch erläutern, ob dann das Mulchen oder das

Abweiden mit Wanderschäfern als Voraussetzung gelten kann, entsprechend den Vorgaben bei Cross Compliance, um hier die Prämienrechte in Anspruch zu nehmen.

Letzte Einschätzung zum Schluss, ich sehe bei dieser Reform die Gefahr, dass die mit Perspektiven wirtschaftenden Betriebe in eine schwierige Situation geraten, insbesondere weil wir aufgrund der Eigentumsstruktur einen Transfer zum Verpächter bekommen werden und unabhängig davon sehe ich die Gefahr, dass aussteigewillige Betriebe die Möglichkeit nutzen, ohne Abgabe der Flächen sich eine entsprechende Altersversorgung aufrecht zu erhalten oder aufzubauen und dies dann zu Sturkturbrüchen in Regionen führt, wo eine Kleinstruktur in der Landwirtschaft noch besteht.

Abg. Dr. Peter Jahr: Ich habe noch ein Problem bei dem Stichwort Wettbewerbsverzerrung und Wettbewerbsgleichheit. Vieles lässt sich ja ertragen, wenn man weiß, dem Partner ergeht es gleich bzw. die Wettbewerbsbedingungen sind die Gleichen. Deshalb meine Frage an die Anwesenden, zum einen: wie viele Unterschiede können wir uns in Deutschland leisten oder sind wünschenswert? Das ist noch ein bisschen offen geblieben. Auf der einen Seite möchten wir möglichst wenig umverteilen. Der Freistaat Sachsen, dort wo ich herkomme, ist ja eher bei den Verlierern dabei. Unsere Landwirte wollen natürlich möglichst wenig abgeben. Das ist ja auch logisch. Auf der anderen Seite befürchte ich natürlich, dass wir dann in Deutschland verschiedenste Systeme haben. Wo ist für Sie da die Grenze? Was noch viel wichtiger ist, was machen wir eigentlich, wenn wir uns in Deutschland geeinigt haben und es gibt ja mittlerweile so einen mainstream, wo die Reise hingehen könnte und Herrn Sonnleitner hat ja richtig gesagt, die Nachbarstaaten machen das alles ganz anders. Sollte man das nicht im Sinne der Wettbewerbsgleichheit berücksichtigen und sagen, dann sollte man auch in Europa schauen, was dort gemacht wird? Wo ist für Sie dort die Grenze erreicht, auch wenn wir in Deutschland der Meinung sind, das System ist das Optimale, wenn es alle um uns herum anders machen. Sollte man sich dort nicht dann auch anpassen oder sollte man die strukturellen Nachteile dann über uns ergehen lassen, die dann aus meiner Sicht ansatzweise oder sehr massiv auf Deutschland zukommen?

Abg. Dr. Wilhelm Priesmeier: Ich glaube man darf zu diesem Zeitpunkt nicht die Gelegenheit nutzen, um alte historische Ungerechtigkeiten zu diskutieren, auch was

die Bezugsgrößen angeht, von denen wir heute ausgehen, ob jemand Verlierer ist oder nicht Verlierer ist. Es kommt zunächst mal darauf an eine einfache Aussage zu treffen, wenn wir die Märkte liberalisieren, dann müssen wir auch eine ganz klare Aussage treffen zu dem Produzenten als Unternehmer. Dann müssen wir auch die notwendigen Voraussetzungen schaffen in diesem Zusammenhang, dass die Entwicklung möglich ist und auch zielgerichtet begleitet werden kann. Ich glaube, das, was alle hier an Problemen im Hinterkopf bewegen, ist, dass uns verschiedene Instrumentarien der Marktsteuerung verloren gehen. Das, was ich bislang durch Direktzahlungen in begrenztem Umfang in der Marktsteuerung erreicht habe, wird demnächst kein Instrument sein. Cross Compliance ist natürlicherweise kein Instrument der Marktsteuerung. Unter diesem Aspekt muss man natürlich auch diskutieren, wie sich dann Zukunftsperspektiven für den einzelnen Betrieb darstellen. Denn das ist das Entscheidende, dass die Betriebe eine ganz klare Perspektive haben müssen, damit auch Sicherheit für Investitionen existiert. Solange ich das im Augenblick nicht darstellen kann sinkt natürlich die Investitionstätigkeit oder bewegt sich fast gegen null. Ein Strukturwandel, der zwangsläufig mit der Liberalisierung der Märkte verbunden ist, ist eine klare Zielvorgabe. Daran wird sich nichts ändern. Nur der Strukturwandel der kommen wird, den muss ich nicht durch entsprechende Maßnahmen noch zusätzlich verlängern indem ich das Instrumentarium so gestalte, dass ich das Sterben einzelner Bereiche verlangsamt. Was wir ganz klar erkennen müssen ist, dass wir gerade im Bereich der Milchproduktion bei einem Markt, der zu 120 % versorgt ist davon ausgehen müssen, wenn es denn über den Preis eine Relation geben soll, diese Überversorgung abzubauen. Das bedeutet, dass wir auf europäischer Ebene den Überschuss der jetzt produzierten Milchmenge aus dem Markt herausbekommen müssen. Das ist natürlich das Problem, wer überlebt dann und unter welchen Bedingungen. Es gilt bei der ganzen Produktion die Gesetzmäßigkeit des kooperativen Vorteils und wenn ich diesen Vorteil wegsübsventioniere, dann stellen sich natürlich die Standorte in besonderer Weise heraus, die dazu auch in der Lage sind. An diesem Prozess werden wir auch mit politischen Entscheidungen mittel- oder langfristig nichts Wesentliches ändern können. Deshalb sind alle Modelle, die unter verschiedenen Voraussetzungen laufen, wo man Arbeitskräfte oder die Arbeitskraft an sich mit einbezieht, letztendlich zum Scheitern verurteilt. Wenn man das rückwärtig sieht, dass die Produktivität in der Landwirtschaft allein in den letzten zehn Jahren pro Arbeitskraft bezogen sich verdoppelt hat, dann ist das ja gerade der Standortvorteil den wir haben und mit

denen wir auch auf europäischer und auf Weltmarktebene u.U. konkurrenzfähig werden können im Vergleich zu den Ländern, die dort niedrigere Lohnkosten haben. Im Rahmen dieser Umorientierung muss es auch eine ganz klare Aussage zu Gunsten der unternehmerischen Landwirtschaft geben und dann gilt es für die politische Ebene nach Modellen zu suchen, wie man den Strukturwandel weitestgehend abfedern kann. Was wir machen zum 1.1. 2005 ist nichts anderes als einen Wechsel auszustellen und die Wechsel auch entsprechend zu verteilen, die zu beliebigen Zeitpunkten dann in den jeweiligen Folgejahren gezogen werden können. Insgesamt geht es für einen Zeitraum von zehn Jahren hochgerechnet um eine Größenordnung von etwa 55 Milliarden Euro. Wenn wir dann am Anfang dieser Phase eine Umverteilung vornehmen, schaffen wir unterschiedliche Startvoraussetzungen zunächst einmal in dieses neue System. Das wird sich in der Folge, in den weiteren Jahren so einfach nicht wieder beeinflussen lassen. Das Instrumentarium, was wir bislang hatten, greift dann natürlich nicht mehr. Dann kann der Einzelne für sich entscheiden, was er tun möchte. Entweder er will den Wechsel diskontieren lassen und aus der Produktion aussteigen oder er will weiter produzieren, dann muss er sich natürlich auch mit den Marktbedingungen abfinden. Die Umverteilung ergibt sich aus dem System selbst. Das ergibt sich auch aus den unterschiedlichen Produktionsvoraussetzungen, die wir haben. Ein Hunderter-Boden liefert mehr Ertrag als ein Fünfundzwanziger. Dieser Unterschied gilt bei jeglicher Produktionsform, ob ich das eine oder das andere anbaue oder ob ich nachwachsende Rohstoffe anbaue oder Biomasseproduktion betreibe, das ist davon unbenommen. Die Frage ist, ob ich diese Standortfaktoren mittel- oder langfristig über Subventionen ausgleiche oder nicht. Darüber gilt es dann auch in der Systematik die Entscheidung zu finden, in welcher Form das begleitend gestaltet werden kann ohne dass die Folgewirkungen für die Umwelt entsprechend sein werden.

Ich hatte eine spezielle Frage an Herrn Prof. Isermeyer zu dem Verhältnis der Flächen die prämieneberechtigt sein werden und der potentiellen Größenordnung der Flächen, aus denen man u.U. Prämien ziehen könnte, um einmal eine Darstellung zu haben, wie das denn aussieht. Wieviel prämieneberechtigte Flächen haben wir und auf wieviel Flächen kann man also potentiell Prämien ziehen?

Die amtierende Vorsitzende: Ich stehe jetzt als Letzte auf der Rednerliste. Ich gehe davon aus, dass wir dann in die Beantwortung gehen, denn sonst schaffen wir das

nicht bis 15 Uhr. Wir werden ja im Ausschuss auch noch die Gelegenheit haben unter uns zu diskutieren.

Meine Frage richtet sich auf die Möglichkeiten der Wettbewerbsunterstützungen von gesellschaftlichen Leistungen die durch die deutsche Landwirtschaft erbracht werden und die Qualitätsproduktion. Die Chance, die sich aus der Region ergeben sind mir nicht vollständig klar. Meine Frage richtet sich einerseits auf die Sattelfestigkeit der zweiten Säule. Herr Hauck, Sie hatten das angesprochen und haben dann gesagt, Cross Compliance Gesetze einzuhalten bedeutet, dass das gesichert sei. Da würde ich gerne noch einmal ein wenig mehr zu wissen. Meine Frage richtet sich auch an alle Fragen von artgerechter Tierhaltung, seien es Hühner oder Mutterkühe, Schafe oder Ziegen oder sonstiges Getier. Es ist doch tatsächlich eine Situation in Deutschland zu verzeichnen, in der Tierschutz und Umwelt eine hohe Priorität spielt und auch politisch so flankiert wird. Wie ist es jetzt möglich durch die neuen Maßnahmen der zweiten Säule im Bereich artgerechte Tierhaltung hier auch eine entsprechende Unterstützung zu liefern, die dann kompatibel mit den Maßnahmen in der ersten Säule ist. Gerade bei den Schafen, Herr Bleser hat das auch schon angesprochen, Kulturlandschaftspflege ist eine gewollte Sache. Mann kann sich durchaus vorstellen in dem Bereich durch gute landwirtschaftliche Praxis, Cross Compliance oder ähnliches auf eine Unterstützung der Schafhaltung hinzuzielen. Man muss sich in dem Zusammenhang auch Gedanken machen, was denn eigentlich mit den Flächen ist, die von den Schafhaltern beweidet, bewirtschaftet werden, aber die jetzt nicht in den traditionellen Flächenbeziehungen erfasst werden, also z.B. die Wege, die Winterbrache, die Naturschutzflächen, die ja unter ganz anderen Gesichtspunkten laufen, die Deichpflege o.ä. Das sind doch auch Flächenbezüge bei denen mir noch nicht klar geworden ist, wie man diese positiv erfassen kann, indem man sie in das System einbezieht. Auch die Frage der artgerechten Tierhaltung stellt sich in diesem Zusammenhang. Mutterkuhhaltung ist ohne Frage eine sehr artgerechte Tierhaltung. Wie kann man die Programme national so gestalten, dass diese Unterstützung, die gewährt werden soll für diese gesellschaftlichen Leistungen aus der zweiten Säule auch dann tatsächlich da ankommt, wo sie hin soll, nämlich bei den Mutterkühen. Dankeschön.

Präsident Sonnleitner, Deutscher Bauernverband:

Danke, Frau Höfken. Ich muss nämlich zu den Gremiumssitzungen des Deutschen Bauernverbandes und dort geht es dann sofort wieder über die Entkopplungsfrage

zur Umsetzung der Luxemburger Beschlüsse weiter. Aber jetzt zu den Fragen, auch zu Ihren Fragen, Frau Höfken.

Bei den Standards, hier ist bei uns gerade vorgetragen worden, eins zu eins Umsetzung von Europa, weil sonst weder der Natur noch den Tieren gedient ist, weil Produktion abwandert und bei uns, wo wirklich nachhaltig verantwortungsbewusst produziert wird, eben Höfe verloren gehen, Arbeitsplätze und Produktion und wenn Sie von der Mutterkuhhaltung reden, die auch mir persönlich am Herzen liegt, dem Bayerischen Walde, unseren extensiven Gebieten, auch diese Betriebe, die jetzt extensiv wirtschaften und die extensiv Prämie bekommen würden bei dem regionalen Modell wesentlich schlechter abschneiden, als bei der betriebsindividuellen Lösung. Also man muss bitte immer alles durchrechnen, dann sieht man wo man hinkommt. Dann auch noch von mir grundsätzliche Anmerkungen. Wir tun immer so, als wenn alles, was wir jetzt festlegen, für immer und ewig festgezurrte würde. Jetzt muss ich als Bauernpräsident ein bisschen vorsichtig sein. Natürlich aber ich muss darauf hinweisen, der Mid-Time-Review, der für 2003 geplant war, ist eine mittlere Reform geworden. Jetzt gibt es den nächsten Mid-Time-Review 2009, wenn ich die Staatsverschuldungen anschau, die gesellschaftlichen Probleme im Sozialversicherungsbereich, da werden Änderungen kommen, jetzt will ich sie nicht herbeireden, aber wir müssen doch auch berücksichtigen, dass nichts ewig ist.

Zur Legitimation der Flächenprämien, einer totalen Regionalisierung. Wir Deutsche spielen den Vorreiter für eine europäische Diskussion. Warum bekommt der polnische Bauer im Schnitt nur 150 Euro und der deutsche Bauer im Schnitt dann 300 Euro. Ich nenne jetzt nur runde Zahlen. Und der Spanier bekommt jetzt noch mal was anderes, die Italiener nochmals weniger. Dann haben wir eine lustige Diskussion. Deutschland war der Vorreiter, warum kann ich dann den polnischen Bauern mit 150 abspesen und den deutschen mit 300. Diese Diskussion wird sofort kommen und darauf müssen wir uns einstellen und das müssen wir uns dann selbst anziehen, dass wir diese Diskussion losgetreten haben. Und dann die Legitimation nach innen. Es ist immer die betriebsindividuelle Prämie so stark herausgestellt worden. Wenn einer dann mit der Bullenmast aufhört, das ist schlimm. Ich wünsche, dass er drinbleibt, weil noch ein Wettbewerb bestehen kann. Aber der Kompromiss, den jetzt die Agrarministerkonferenz vorgeschlagen hat bedeutet ja, dass z.B. der Anteil der Flächenprämie auf Obst und Gemüse und Sonderkulturen und Zuckerrüben übertragen wird. Da werden wir in einigen Regionen unwahrscheinlich

viel Streit bekommen. Auf Kosten der Getreidebauern verdünnen wir dann die Prämie zugunsten der Gemüsebauern, die sowieso schon höhere Pachten zahlen, mehr verdienen und wesentlich wettbewerbsfähiger sind. Die Diskussion möchte ich dann mal anschauen, was dann passiert. Oder die Schweinehalter, die jetzt im Vertrauen auf ihre Getreideprämie in Stallungen investiert haben, werden ja durch die Egalisierung oder durch das Umverteilen dann auch in ihrer Kraft abgestraft und dann noch, jetzt provoziere ich ein bisschen: es gibt da doch bei uns noch immer ein Bevölkerungsspektrum, das ein bisschen mehr Geld hat als wir Durchschnittlichen und die dann irgendwo ordnungsgemäß angemeldet Grünland und Hobbylandwirtschaft betreiben. Die bekommen dann auch die Prämie. Da möchte ich erst die Diskussion sehen, wenn ich das durchschnittliche Einkommen unserer Bauern hernehme, wenn wir sofort in so eine Umverteilung mit einsteigen. Es gibt kein optimales Modell, aber wir sollen uns nicht gegenseitig immer vorhalten, nur das eine ist schlecht und das andere ist gut. Ich will ja auch einen Kompromiss, der uns insgesamt absichert in der Wirtschaftskraft. Zu Ihnen Herr Bleser. Wir tun immer so, als wenn der Milchbauer bis jetzt keine Prämien bekommen würde. Wenn wir das betriebsindividuelle Modell machen, dann hat er bis jetzt schon die Schlachtprämie und vielfach auch Bestandsprämie, weil sie noch teilweise Bullen gemästet haben, also hat er auch was auf seinen Betrieb. Denn wenn man sagt, der Milchbauer ist bis jetzt immer benachteiligt worden, der ist 92 verschont worden durch einen radikalen Schnitt im Preis und auch nur 50%ige Kompensation, sondern man hat ja den Preis aufrecht erhalten, administrativ. Und wie sieht die Rentabilität jetzt aus nach den Vorgaben der Preisabsenkung des 3,55 Cent Ausgleichs pro kg Milch. Rein statisch gesehen würde ja der Milchpreis wahrscheinlich um 7 Cent fallen, was wir aber nicht hoffen, weil wir auf die Marktkräfte setzen und dass wir uns vom Interventionspreis abkoppeln können. Aber wenn wir das Problem auf den Zahlungsanspruch reduzieren, dann sehen wir das ein Betrieb, von Region zu Region unterschiedlich, wegen der Schlachtprämie und Bestandsprämie, aber jetzt ganz grob für die Bundesrepublik Deutschland bis 4.500 kg Milch pro ha mit einem regionalisierten Modell besser fahren würde. Betriebe, die dann aber 5, 6, 7, 8 oder bis 10.000 kg Milch in kleinräumigen Strukturen haben, die werden die großen Verlierer, wenn wir in ein Regionalmodell umsteigen und wir sehen heute, gerade dort, wo Betriebe in Stallungen, in Quoten, in Zukunft investiert haben, dass die momentan extrem in ihrer Wirtschaftskraft gefährdet sind. Wir kennen ja die Bilanzen, gerade von den Wachstumsbetrieben und wenn bei denen dann der Ansatz nicht betriebsindividuell

ist, sondern abgeschwächt wird, dann kommen gerade die Betriebe in große, große Schwierigkeiten. Der, der noch ein Hobby nebenher hat, der noch eine zweite Einkommensquelle wie Urlauber auf dem Bauernhof hat, der zwanzig Kühe und zwanzig Fremdenzimmer hat, der hält viel aus. Aber einer, der jetzt von 50 auf 80 auf 100 oder 150 Kühe investiert hat, der ist aufs extremste gefährdet und das müssen wir abwägen.

Wechsel im Vorsitz

Vorsitzende Prof. Dr. Däubler-Gmelin, Vorsitzende: Danke sehr. Weiter in der Reihenfolge, wobei Sie sehen, ich bin jetzt wieder da. Ich freue mich sehr darüber und bitte Sie noch mal um Nachsicht. Bitteschön, Herr Staatssekretär.

StS Dr. Kreer: Ich versuche das ganz knapp zu machen, dass jeder noch die Gelegenheit hat hier zu antworten.

Zunächst zu Frau Höfken. Wie kriegen wir das hin, die Tierhaltung, Umweltschutz noch besser zu unterstützen und auch die Trennung, erste, zweite Säule hinzubekommen. Für mich ist es einfach so, dass für die erste Säule – über alles was in der ersten Säule drin ist - ein Standard formuliert wird über Cross compliance. Dann noch mal klare Aussage orientiert am Fachrecht mit einfachen Kriterien, damit wir das verwaltungsmäßig hinbekommen. Bei allem, was über diesen Standard hinausgeht, denke ich, haben wir alle Möglichkeiten im Rahmen der zweiten Säule entsprechende Programme zu stricken. Von dem Vertragsnaturschutz, über besondere Pflegemaßnahmen und artgerechte Haltungsverfahren bis hin zur Entschließung von Einkommensalternativen ist da denke ich sehr viel gegeben, wo man die Phantasie spielen lassen kann.

Zweite Frage, wie viele Unterschiede können wir uns leisten? Auch hier die klare Aussage: wenn es jetzt mal darum geht, wie setzen wir das ganze national um? Möglichst in ein bundeseinheitliches System, wenn überhaupt Abweichung wo es gar nicht anders geht, dann ist diese zu minimieren.

Ich hab eingangs auf den Bereich Milch hingewiesen, wo ich mir das vorstellen kann, dass man regional die Option eröffnet, dass man zwischen Ackerland und Grünland in der Startphase auch unterschiedlich umschichtet. Zu bundeseinheitlichen Prämien sehe ich langfristig keine Alternative, wenn wir das ernst meinen mit dem Paradigmenwechsel und mit der neuen Prämienbegründung. Wir müssen allerdings

auch zur Kenntnis nehmen, wenn wir über die Grenzen hinausblicken, dass eben die EU große nationale Spielräume beschlossen hat. Also wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass da Gestaltungsmöglichkeiten da sind, die per se Wettbewerbsverzerrung verursachen können. Über das Thema Entkopplung, denke ich, ist eine ganz klare Vorgabe gemacht, beispielsweise, weil Herr Bleser das vorhin angesprochen hat, ist es einfach nicht möglich die Milchprämie langfristig produktbezogen zu belassen. Da ist eine ganz klare Entscheidung seitens der EU getroffen worden.

Letzter Punkt von Herrn Bleser: das Problem der wirtschaftlichen Betriebe, dass die Transfers dann letzten Endes zu den Eigentümern übergehen. Ich denke, das ist im Grunde nichts Neues, denn bei jeder Prämienzahlung wird irgendwo der Eigentümer des Produktionsfaktors an dieser Prämie beteiligt. Das haben wir jetzt ja auch schon so, um diese Wirkung zu minimieren wäre unser Appell, dass wir eben in Richtung regionale Flächenprämien, später einmal bundeseinheitliche Flächenprämien kommen. Es ist eine wesentliche Voraussetzung, dass eben die Unterschiede der Prämien auf den einzelnen Hektaren nicht da sind. Das andere wäre, dass wir alles versuchen sollten möglichst auf jedem Hektar ein Prämienrecht zu haben. Denn je größer die Masse der Flächen ist, auf denen keine Prämien sind, desto größer ist die Spekulation und umso mehr wird auch der Quotenhandel angeheizt.

AL MDG Hauck: Ich darf mich bei den Bemerkungen gleich anschließen. Ein ganz entscheidender Punkt: wie viele Flächen haben anschließend Prämie? Das wird auch eine entscheidende Frage bei dem Thema, wie verändern sich Bodenwerte usw. sein. Es war vorhin einmal die Anmerkung gemacht worden, da wären keine Unterschiede bei der Problematik, die Unterschiede, die da zu Tage treten würden, wenn man Betriebs- oder Regionalmodell machen würde, sind ganz gewaltig.

Zum Thema Prämienumverteilung: Zwischen Betrieben, ich glaube da muss jeder einmal rechnen in seinem Bundesland, um festzustellen, wie sich die einzelnen Modelle tatsächlich auswirken. Wir bringen natürlich immer die Extreme in den jeweiligen Modellen mit ein, aber wir haben unsere 50.000 Betriebe über den Großrechner laufen lassen und je nach Modell sind 80 % bis 85 % der Betriebe in einem Bereich von plus minus 2,5 Tausend Euro. Das muss man sehen und dann muss man sich eben wirklich die Extreme anschauen, um dort entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Klar wir haben relativ kleine Betriebe, das ist sicher richtig. Aber es lassen sich auch die Betriebe relativ klar abgreifen, die besonders

betroffen sind; das sind größere Bullenmäster usw. Ich glaube, wir sollten das Problem, für das wir noch keine Lösung haben nicht schön reden. Also die Frage, wenn heute ein Grünlandbetrieb 10.000 kg Milch hat pro ha, dass sind 1,4; 1,5 Kühe normalerweise, mehr ist es nicht, also dann müsste er einen durchaus verträglichen Viehbesatz haben, nur damit er seine Milchprämie bekommt, 355 Euro pro ha. Wenn wir eine bundeseinheitliche Prämie hinbekommen, kämen wir auf 327 Euro pro ha. D.h. wenn ich eine bundeseinheitliche Prämie hätte, hätte der Betrieb noch nicht seinen Prämienanspruch, den er aus der Milch hat und er hätte insbesondere auch noch keinen Ausgleich für seine Verluste, die er am Markt erzielt. Ich habe die Größenordnung ja eingangs schon genannt für unser Land, jetzt für Baden-Württemberg speziell. Das Ganze lässt sich auch hoch rechnen. Insoweit ist Milch ein bisher nicht gelöstes Problem für uns.

Besondere Bedeutung hat die Frage zur Agrarumwelt, die ich vorhin angesprochen habe, weil den Betrieben gleichzeitig unter Umständen in erheblichem Umfang Agrarumweltleistungen wegbrechen. Sattelfestigkeit der zweiten Säule - kann man artgerechte Tierhaltung hier mit hineinnehmen. Sie haben ja im Plan im letzten Jahr artgerechte Tierhaltungsverfahren beschlossen, die durchaus förderfähig sind mit einer geringen Einkommenswirksamkeit. Zum anderen stoßen wir dort aber zum Teil an Grenzen, die vielleicht in dieser Runde hier kurios erscheinen mögen. Wir hatten nachdrücklich gefordert artgerechte Legehennenhaltung zu fördern. Dies ist leider mehrheitlich abgelehnt worden mit der Begründung, dass es nicht möglich sei die Besatzdichte bei Legehennen zu zählen. Das muss man sehen, dass hier natürlich immer wieder auch in der Verwaltungsumsetzung Themen hineinkommen. Wenn Sie dann also Fensterflächen und anderes im Vergleich zur Bodenfläche definieren, wenn Sie sich vorstellen, dass wir sehr häufig Altgebäude haben und man dies alles nachmessen muss oder Umbauten haben, dann können Sie sich vorstellen, welcher Verwaltungsaufwand da hintersteckt. Gleichwohl werden wir in Verbindung mit dem Thema Milchviehhaltung auch diese Frage wieder angehen und versuchen, da etwas hinzubekommen. Wir, für Baden-Württemberg zumindest haben relativ wenig Schafhaltung ohne Fläche. Schafhaltung ist eher eine Form der Tierhaltung, die sehr stark Agrarumweltleistungen, Ausgleichszulage, Naturschutzmittel in Anspruch nimmt und insoweit sicherlich auch hier eher über Cross compliance Probleme bekommt und da möchte ich einfach einen Punkt ansprechen, der die Gesamtproblematik noch einmal verdeutlicht. Heute war in der Runde zu hören, dass nur das Mulchen nicht ordnungsgemäß sein kann. Wenn Sie aber mehr verlangen, dann gilt dies sowohl für

den stillgelegten Acker wie auch den Grenzstandort im Grünlandbereich in den Mittelgebirgslagen. Denn eines ist klar, Mindestpflege gilt auf allen Flächen und kann damit durch Naturschutzmittel oder Agrarumweltmaßnahmen nicht mehr ausgeglichen werden. D.h. wenn Sie verlangen, dass das Grüngut abgefahren werden muss, dann kann ich beispielsweise auf einer Gemeinschaftsweide im Südschwarzwald die Farnbekämpfung nicht mehr fördern, weil eben der Viehbesatz zu gering ist. Da muss er einmal mindestens Mähen und damit habe ich natürlich weitere Einschränkungen, was die Frage der Erhaltung von Grenzstandorten angeht, durch zusätzliche Leistung beispielsweise aus Naturschutzmitteln usw. Das muss man einfach sehen, d.h. wenn wir auf der einen Seite die Forderung gerne hochschrauben würde bei demjenigen, der den Acker einfach nicht mehr nutzt, werden wir auf der anderen Seite mit den gleichen Maßnahmen natürlich Grenzertragstandorte aus der Produktion treiben. Weil wir dort nicht diese Leistungen zusätzlich vergüten können wird keiner mehr bereit sein, das letztendlich zu tun und diese Flächen offen zu halten.

Mutterkuhhaltung ist angesprochen worden. Die Mutterkuhhaltung ist tatsächlich in der ersten Stufe oder zumindest, wenn wir nicht zu einer einheitlichen Flächenprämie am Ende kommen, ein Verlierer dieser Reform. Dazu kommt das Problem, dass evtl. Frankreich gekoppelt ist. Dazu muss man sagen, dass auch diese Frage diskutiert worden ist. Bei den wenigen Mutterkuhprämienrechten, die wir in Deutschland haben lohnt sich eine Kopplung nicht, weil es irgendwo eine Exklusivstellung der Prämienrechteinhaber wäre. Wir hätten dann wirklich mehr Prämienrechte haben müssen, um vielleicht entsprechenden Überlegungen nahe zu treten und die haben wir im Grunde genommen nicht.

Am Schluss ein Wort zur Legitimation. Ich rede immer nur davon, dass wir die multifunktionale Landwirtschaft entsprechend zu honorieren haben und dazu gehört auch die Nahrungsmittelerzeugung, nicht nur die Landschaft. Ich glaube auch dies sollte man bei der ganzen Diskussion nicht vergessen, auch wenn es heute vielleicht untergegangen ist bei der Frage der Rechtfertigung der Zahlung. Dankeschön.

Prof. Dr. sc. Agr. Stephan Dabbert (Dekan der Fakultät Agrarwissenschaften Universität Hohenheim): Ich habe mich durch die Frage von Frau Höfken angesprochen gefühlt, zu der Herr Hauck auch gerade eben Stellung genommen hat;

zu der Förderung der extensiven Verfahren, also Mutterkuh und Schafe. Herr Hauck hat das eben auch schon angesprochen. Entscheidender Punkt ist ja, dass da öffentliches Gut produziert wird, da wird ein Landwirtschaftsbild, Landschaft in gewisser Weise auch hergestellt. Das kann ich sogar zum Teil über diesen Anhang 4, über diese Mindestbesatzdichte theoretisch machen. Aber ich glaube es kristallisiert sich ein ziemlich klares Bild heraus, dass man davon Abstand nehmen sollte, um einfach Luft offen zu lassen, dass man das noch fördern kann. Wobei auch ganz klar ist, dass so eine Prämie dann in dem Agrarumweltprogramm, das z.B. die Bewaldung fördert, natürlich eine gekoppelte Prämie ist. Hier wird auch ganz deutlich, dass das eigentlich ein Reparaturbetrieb ist für das, was in der ersten Säule passiert.

Zur Frage des Tierschutzes: Ich denke, wenn man etwas mehr in grau denkt, dann ist da natürlich eine ganze Menge Potenzial drin. Grundsätzlich tierschutzgerechte Verfahren vor allen Dingen die intensiven Verfahren, also bei denen es ja im Wesentlichen um Hühner, um Schweine und vielleicht auch ein bisschen um Kühe geht, um die zu fördern. Das Kernproblem ist aber auch hier, dass damit immer Investitionen verbunden sind und bei dem Grad an Verlässlichkeit und Langfristigkeit, die diese Programme im Augenblick haben, kann man aber eigentlich kaum jemanden raten in einen tierschutzgerechteren Stall zu investieren, der tierfreundlicher ist als das Mindestniveau, denn keiner weiß, wie lange die Prämie aufrecht erhalten wird. Das andere Kernproblem an der Förderung der tiergerechteren Verfahren sind einfach die Kosten. Das wird sehr teuer, da kann man sehr viel Geld ausgeben, das vermutlich eben nicht da ist. Ich glaube da sind die Grenzen, obwohl der Ansatz gut ist und auch weiter verfolgt werden sollte.

Klaus Egbers (Dr. Gemmeke GmbH, Steuerberatungsgesellschaft Landwirtschaftliche Betriebe): Vielleicht noch eine ganz kurze Anmerkung zu den Transferzahlungen oder zu dem Transfer der Zahlungen zu den Grundeigentümern. Die rechtliche Stellung der Pächter ist unabhängig vom Regional - oder Betriebsmodell deutlich besser als alles das, was wir heute haben. Der Pächter, der aktive Bewirtschafter wird in jedem Fall aufgewertet werden, so dass es also in der Tendenz geringere Transferzahlungen zum Eigentümer geben müsste und nicht höhere.

Prof. Dr. Folkhard Isermeyer (Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL)): Ich würde zunächst gerne zu dem Punkt von Herrn Bleser Stellung nehmen, was denn wohl passiert, wenn der Milchpreis tatsächlich in einer Größenordnung von 20 Cent pro Liter absacken sollte, wieviel Marktanteilsverluste wir dann eventuell zu befürchten hätten und ob daraus dann Alternativstrategien, wie Kopplung oder eben doch voll Betriebsprämie abzuleiten wären.

Zunächst noch einmal: die Koppelung geht nicht mehr. Das müssen wir als Beschlusslage hinnehmen.

(Auf Zwischenruf) Ja sicher das sind kurzfristige Maßnahmen. Darüber kann man gewiss auch nachdenken, aber über 2007 hinaus können wir nicht koppeln. Die Betriebsprämie, das möchte ich noch einmal ganz deutlich machen, kann den Milchviehhaltern, gerade den intensiven Milchviehhaltern, Liquidität zuschwemmen. Nur ist es aus meiner Sicht nicht zu erwarten, dass ein unrentabler Betrieb auf Dauer Liquidität, die ihm ja produktionsungebunden zugeschwemmt wird, auch ins nächste Jahrzehnt hinein immer diese Liquidität erhält. Das macht er nicht. Deswegen meine ich müssen wir ein bisschen weniger engagiert, als wir das vorhin getan haben, über diese Varianten Betriebsprämie und regionale Einheitsprämie diskutieren. Wir sind immer geneigt der Entscheidung für oder gegen die Betriebsprämie sehr hohe produktionslenkende Wirkungen zuzuschreiben. Diese sind einfach aus ökonomischer Sicht nicht gerechtfertigt. Das hat kurzfristig etwas für sich, aber mittel- und langfristig ist das einfach nicht gerechtfertigt. Was zeigen unsere Modelle? Ich war überrascht, als ich unsere Modellergebnisse gesehen habe, weil unsere Arbeitsgruppe mich korrigiert hat mit meinen pessimistischen Einschätzungen, mit denen ich zunächst einmal in die Öffentlichkeit gegangen bin. Wir haben eine ganze Reihe von betriebsbezogenen Modellen bis hin zu Agrarsektormodellen gerechnet. Alle Modelle zeigen, dass auch nach Umsetzung der Reform die Milchquotenregelung fast noch bindend ist, d.h. also ein deutlicher Rückgang der Milchproduktion in Deutschland kommt bei keinem der Modelle, das wir da rechnen, als Ergebnis heraus. Das hängt natürlich sehr stark damit zusammen, dass als allererstes im Milchbereich die Quotenrente auf null herunter geht, d.h. die sogenannten „Sofa-Melker“, die schauen erst einmal in die Röhre. Die Milchproduktion wird nach unseren Modellen nicht eingeschränkt werden. Ich möchte aber hinzufügen, dass es sehr schwer ist das überhaupt modellmäßig abzugreifen, denn in einem Familienbetrieb geht es ja letztlich um die Entscheidung, ob ein Landwirt bereit ist für 6, 5 oder 3 Euro pro Stunde zu arbeiten. Wer will das

modellieren? Das hängt sehr stark von den Annahmen ab. Insofern möchte ich das ein bisschen in Frage stellen. Dennoch zeigen unsere Modelle bei Rindfleisch ca. 14 % Marktrückgang, bei der Milch nicht. Selbst wenn es denn bei Milch eine deutliche Reduktion des Angebots gäbe oder auch nur eine geringfügige würde ja sofort der Preis nach oben gehen. Denn wir haben ja nach außen hin geschützte Märkte. Die Marktmechanismen wirken. Wenn wir zu einem EU-Binnenmarkt kommen, der sich wirklich an Marktkräften orientiert, dann zeigen unsere Ergebnisse aus der Begleitung der European Dairy Farmer, dass die deutschen Milchviehalter im Vergleich zu den europäischen Konkurrenten nicht schlecht dastehen. Insofern komme ich nicht zu so einer pessimistischen Prognose, wie sie oft genannt wird. Ich möchte noch einen Satz hinzufügen. Wer im Jahre 2010 immer noch 800 oder 900 pro Hektar braucht um wettbewerbsfähig zu sein, der ist nicht wettbewerbsfähig und dann muss irgendwann die Gesellschaft auch dieser Unternehmung das Signal geben, eine Kurskorrektur einzuleiten. Es muss gleitflugmäßig sein. Wir haben für die Investitionsentscheidung der Betriebe die Verantwortung übernommen hier in der Politik. Die können wir nicht über Nacht im Regen stehen lassen. Es muss im Gleitflug geleitet werden. Aber der muss auch irgendwann einmal beschränkt werden.

Die Frage, ob der Transfer zum Grundeigentümer unterbrochen werden kann, das hatte Herr Carstensen vorhin auch schon einmal angedeutet, kann ich eindeutig mit „nein“ beantworten. Im Augenblick wird ein Großteil der Agrarstützung auf die Grundeigentümer überwältigt. Das wird künftig wahrscheinlich, wenn Deutschland den Weg geht, der sich abzeichnet, noch akzentuiert werden. Aber dazu gibt es eigentlich nur zwei Alternativen: Entweder die Bindung der Transferzahlungen an die jeweiligen Arbeitskräfte - das wurde vorhin schon als nicht machbar dargestellt - oder aber die Bindung an historische Tatbestände. Das ist immer eine Pro-Kopf-Prämie und die muss immer in einem überschaubaren Zeitraum auf null zurück geführt werden. Dies ist eine Dilemma-Situation, aus der die Politik nicht heraus kommt. Ich meine es ist wichtig, dass die Politiker gerade den Milcherzeugern deutlich machen, dass es einfach aus dieser Dilemma-Situation keinen vernünftigen Ausweg gibt. Die wirtschaftenden Betriebe auf Dauer zu stärken, das geht einfach nicht und diesen Eindruck sollte die Politik nicht versuchen zu erzeugen.

Der letzte Punkt von Herrn Bleser war die Flächenstilllegung und die Frage, ob wir tatsächlich massenhafte Flächenstilllegungen bekommen, weil sich viele Landwirte fragen, warum sie noch wirtschaften sollen und ihren Kotten nicht stilllegen.

Das ist für mich die spannendste Frage überhaupt, wenn ich in die zweite Hälfte des Jahrzehnts blicke. Wir haben dann eine Situation, in der die Betriebe Kosten in Kauf nehmen, nämlich die Kosten des Mulchens, auf der Ertragsseite steht außer der Prämie nichts gegenüber, aber einen Teil der Prämie muss ich nehmen, um die Kosten abzudecken. Ich wage zu prognostizieren, dass die Unternehmer das nicht lang mit ansehen können. Es wird die Stunde der Unternehmer sein. Wenn dieses viel passiert, dann werden sich Unternehmer herausbilden, die sagen, dass sie eine schwarze Null erwirtschaften können müssen mit Agrarproduktion. Das geht natürlich nur mit Strukturwandel. Aber dann habe ich eine schwarze Null und die Prämie voll. Im Einzelfall wird das spannend anzusehen sein.

Nächster Punkt war dann die Frage, ob Deutschland hier schon wieder einen Sonderweg gehen muss, da die Nachbarstaaten das alles anders machen. Das ist einfach nicht richtig. Die Situation zur Zeit ist, dass die verschiedenen Prämienmodelle in den verschiedenen Regionen der EU sehr unterschiedlich diskutiert werden. Es entspricht nicht der Wahrheit zu sagen, alle anderen machen Betriebsmodelle und nur wir machen die Regionalprämie. Selbst wenn es so wäre, es handelt sich um entkoppelte Prämien. Ob sie hier den Geldtopf mehr öffnen oder da ist für die Wettbewerbsfähigkeit nicht entscheidend. Insofern meine ich können wir die Frage, welches Modell wir hier in Deutschland wählen tatsächlich unter unseren verwaltungspolitischen Erwägungen diskutieren.

Bei der Frage der Teilkopplung hatten verschiedene Kollegen schon gesagt: wenn alle anderen nur teilweise entkoppeln, dann haben wir in der Tat ein kleines Problem, aber auch das wird nicht passieren. Irland hat sich als allererstes Land für die Vollentkopplung entschieden und Frankreich wird die Mutterkühe gekoppelt lassen. Wenn ich die Mutterkühe gekoppelt lasse, heißt das vor allem, dass billige Kälber auf den Markt kommen. Billige Kälber können auch nach Deutschland importiert werden. Das kommt unseren Bullenmästern genauso zu gute. Da muss man genau hinschauen. Ich weiß nicht, wie Holland oder Belgien sich entscheiden werden. Aber selbst wenn diese voll koppeln sollten, kann dort einfach wegen der Plafondierung aus umweltpolitischen Gründen kein zusätzliches Angebot erwachsen. Ich glaube die entscheidende Frage ist, ob man wirklich glaubt, mit einer vorübergehenden Teilkopplung der Prämie einen Investor zu finden der sagt, dass er sich darauf

verlässt, weil da noch teilgekoppelte Prämien sind und in die Rindermast von Übermorgen investiert. Das kann nicht sein. Das wird nicht passieren. Sie können das Aussteigen von Betrieben über eine Teilkopplung möglicherweise hinauszögern, aber die Arbeitsplätze für Übermorgen in der Rindfleischherzeugung erzielen Sie im Gegenteil dann, wenn Sie möglichst klare, in den Augen der Unternehmer verlässliche Rahmenbedingungen etablieren und sich überzeugend europaweit für eine völlige Entkoppelung einsetzen, damit der Markt die Dinge regelt. Ich glaube, dass Deutschland hier gut beraten ist, Druck zu machen in Richtung der andere EU-Staaten, in Richtung einer vollkommenen Entkoppelung.

Herr Priesmeier hatte dann nach der Relation der prämienberechtigten Flächen zu den Gesamtflächen gefragt. Das könnte Herr Wolfgartner oder manch anderer besser beurteilen, wieviel es genau sind. Beim Betriebsmodell sind ja die Zuckerflächen draußen, die Kartoffel- und die Feldobst-, Feldgemüseflächen. Ich bin unsicher, wie sich die Futterbaubetriebe bei der Betriebsprämie verhalten würden. Da gibt es das eine oder andere Schlupfloch. Bei der Betriebsprämie ist es hoch rentabel für diese Betriebe die Schlupflöcher zu suchen, d.h. die Betriebsprämie zu konzentrieren auf möglichst wenige Hektare, dadurch prämienfreie Hektare zu schaffen und dann mit denen im Laufe der Zeit mehr Zuwachs zu erzielen. Inwieweit das gelänge, wage ich nicht abzusehen, aber es führt in jedem Fall zu Planungssicherheit in Bezug auf die Boden- und Pachtmärkte und die entsprechenden Preise. Demgegenüber sind bei einer regionalen Einheitsprämie per definitionem alle Flächen mit einem Prämienrecht belegt.

Frau Höfken, Sie hatten mit der Tierschutzgeschichte ein ganz neues Fass aufgemacht. Aus Zeitgründen will ich sagen, ich habe mit dem Kollegen Schrader aus Celle gerade einen recht ausführlichen Artikel zu der Frage „Zweite Säule oder nicht“ in Bezug auf Tierschutz geschrieben. Den stellen wir in den nächsten Tagen auf die Homepage. Ich verweise insofern darauf. (siehe Anlage

Prof. Dr. h.c. Friedrich Kuhlmann (Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Gießen): Herr Bleser, Sie hatten gefragt, über welchen Zeitraum dieser Reform wir jetzt reden. 2009 ist vorhin genannt worden. Haben wir schon wieder neues Spiel, neues Glück? Daraus können natürlich die Überlegungen erwachsen, versuchen wir mal so lange wie möglich zu verzögern und bei dem alten System zu bleiben und dann werden wir 2009 sehen, was es gibt. Das kann man

nachvollziehen. Aber ich glaube, es wird so schnell keine Rückkehr aus der Vollentkoppelung mehr geben. Sie werden damit rechnen. Dann ist es für unser Land und insgesamt für die EU besser, wenn wir das auch voll umsetzen. Wenn allerdings einige Länder das nicht voll umsetzen, also teilentkoppelt lassen und wir tun das nicht, dann müssen Sie damit rechnen, dass Sie sich bei den Produkten, die woanders nicht entkoppelt sind Wettbewerbsnachteile für Deutschland einhandeln. Das ist auch klar, weil sie auf der anderen Seite Produktion anregen. Entscheidend ist, dass es europäeinheitlich gemacht wird.

Die nächste Frage war, wenn dann voll entkoppelt ist, bei welchen Standorten und welchen Produkten wird es Verschiebungen geben. Herr Isermeyer hat das schon angesprochen. Wir müssen uns im klaren sein, egal welches Modell Sie wählen, auf die Dauer sind für die Landwirte die Entscheidungsparameter nur noch die Kosten und die Preise der Produkte. Die ganze Diskussion ob Flächen- oder Betriebsmodell degeneriert letzten Endes zu einer Gerechtigkeitsdiskussion. Nehmen wir dem ein bisschen mehr und dem ein bisschen weniger. Auf die wirtschaftlichen Entscheidungen der landwirtschaftlichen Bewirtschafter hat das keinen Einfluss. Dann wird es natürlich bei Milch gewisse Verschiebungen geben. Das hängt einmal ab von den natürlichen Standortbedingungen, der langfristige Trend, dass die Milch als intensives Produkt auf die besseren Standorte und auch auf die Ackerbaustandorte wandert wird sich fortsetzen. Es hätte sich auch ergeben, wenn es die Milchmarktordnung gar nicht gegeben hätte. Das hängt natürlich auch von den Betriebsstrukturen ab. Große flächenreiche Betriebe werden sich bei weiter rückläufigen Milchpreisen und nur Teilkompensation durch die Prämie, die dann ja auch noch nicht mal mehr gekoppelt ist, das werden sie gar nicht mehr so sehen, wahrscheinlich noch verstärkt aus der Milchproduktion verabschieden. In den neuen Bundesländern werden wahrscheinlich auch die letzten großen Milchviehanlagen auf die Dauer verschwinden.

Eine ganz kurze Antwort auf Sie, Frau Höfken. Wenn Sie sagen, wir wollen die artgerechte Tierhaltung z.B. Mutterkuhhaltung wieder speziell fördern. Das wäre eine Rückkehr zu einer produktgebundenen Förderung und würde damit im Widerspruch stehen zu dem, was die EU-Agrarreform insgesamt möchte. Es kommt noch hinzu, dass es auch gar nicht notwendig ist. Herr Isermeyer hat es schon angedeutet, die Mutterkuhhaltung und die Schafhaltung würde sich auch auf die marginalen Standorte konzentrieren und dort im Wettbewerb stehen mit dem reinen Mulchen. Ich

vermute, dass im Vergleich zum reinen Mulchen dann die Schaf- und Mutterkuhhaltung noch relativ vorzüglich sein wird. Sie wird sich im Vergleich zum reinen Mulchen sowieso einstellen und von daher bestünde keine Notwendigkeit hier noch einmal eine produktionsgebundene Hilfe zu geben. Danke.

Lutz Ribbe (Euronatur): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Ich hatte ja zu Beginn meiner Ausführungen die Frage gestellt, wie man zukünftig im Agrarbereich die Zahlungen der Gesellschaft gegenüber begründet. Ich hoffe, alle diejenigen, die hier im Bundestag sitzen und die demnächst Entscheidungen zu treffen haben, können da mit einer guten Antwort aufwarten. Ich habe noch keine einheitliche Antwort rausgehört.

Es gab jetzt viele Begründungen. Der eine sagt, dass die das schon immer bekommen haben. Der nächste spricht von Gemeinwohlleistungen und der Dritte sagt, man wolle einige Betriebe in die Zukunft hinein retten.

Ich glaube, dass die Landwirtschaft von der Gesellschaft mit der Frage konfrontiert wird, wofür 45 Milliarden gezahlt werden und da muss eine klare Antwort her.

Deutlich ist mir auch noch geworden, dass hier im Hause und auch bei den Experten sehr unterschiedliche Erwartungen an diese Agrarpolitik gerichtet werden. Der eine sagt, wenn ich das mal so sagen darf, dass wir das Sterben nicht verlangsamen dürfen, wörtliches Zitat von heute. Die anderen sagen, dass sie eine flächendeckende, bäuerliche, multifunktionale Landwirtschaft fördern wollen. Die Frage ist, was darf ich überhaupt mit diesem Beschluss machen? Da sollte man noch einmal ganz genau hin schauen.

Ich persönlich nehme für mich mit, dass die Begründung in Zukunft wirklich Gemeinwohlleistungen heisst. Diese müssen definiert werden. Sie sind noch nicht definiert. Was multifunktionale Landwirtschaft wirklich ist, ist nirgendwo definiert. Man macht aber schon einen Gesetzesentwurf, weil man sich ein Stück weit klar darüber ist, jetzt gebrauche ich, weil mir kein besseres einfällt ein böses Wort, wie das Geschachere zwischen den einzelnen Prämien aussehen könnte und man einen Konsens finden kann. Die zentrale Frage ist für mich noch nicht beantwortet worden. Landwirte werden in den Markt entlassen. Ich bin da gar nicht so sicher. Natürlich wird es einen freieren, liberaleren Markt geben, aber es wird natürlich auch bestimmte Märkte nicht mehr geben, die bisher künstlich geschaffen worden waren. Wenn ich höre Bullen 14 % herunter, warum werden einige Bullenmäster aufhören?

Herr Carstensen hat darauf hingewiesen, dass dies so sein wird. Die haben doch bisher nur produziert, weil es die Prämie gab. Ist das eigentlich eine gerechte Produktion gewesen? War es eigentlich gerecht, auch für mich als Steuerzahler, dass ich dafür bezahlt habe?

Deshalb noch einmal mein Appell, ich glaube, dass es gut wäre, wenn wir das Geld nehmen, um die Multifunktionalität der Landwirtschaft aufrecht zu erhalten. Herr Hauck, ich gebe Ihnen auch recht, dazu gehört auch eine sichere Nahrungsmittelversorgung bei uns im Land. Wenn sie die aber haben und als Begründung mitnehmen wollen, werden Sie nicht begründen können, dass Sie unterschiedliche Hektarprämien haben werden, die wir beim Betriebsmodell hätten. Deshalb glaube ich, mein Schlusssatz, Herr Isermeyer hat noch ein sehr schönes Plädoyer gegeben aus ökonomischer und betrieblicher Sicht für eine Flächenprämie und gegen das Betriebsmodell: Ich glaube, das kann man auch von der Gesellschaft her und der Ökologie genauso machen. Deshalb möchte ich eindringlich dafür appellieren, der Gesellschaft den Einstieg zu zeigen, 35 % zu nehmen und zu sagen, dass wir zu einer einheitlichen Flächenprämie im Acker- und Grünland kommen. Man hilft damit auch schon den Grünlandbetrieben. Ich appelliere, dieses im Gleitflug zu machen mit einer bestimmten Zielsetzung, einen bestimmten Zeithorizont, den Sie natürlich festzulegen haben.

Prof. Dr. P. Michael Schmitz (Dekan der Justus-Liebig-Universität Gießen): Ich habe keine direkte Frage bekommen, deshalb darf ich mit einer allgemeinen Bemerkung und einem Wunsch vielleicht schließen.

Die bisherige Agrarpolitik, so wie wir sie aufgebaut haben in den letzten zwanzig oder dreißig Jahren, ist deshalb gescheitert, weil sich der Staat in das betrieblich und marktliche Geschehen zu direkt eingemischt hat und die Entscheidungsspielräume für Unternehmer vor allem im landwirtschaftlichen Bereich extrem eingengt hat. So ist die Situation heute und wir können eigentlich froh sein, dass wir, wenn wir die Entkopplung stückweise einführen, eine Situation haben, die Herr Kuhlmann vorhin richtig beschrieben hat, in der dann die landwirtschaftlichen unternehmerischen Entscheidungen nach Preisen- und Kostenrelationen getroffen werden. Insofern kann man darüber nur seine Freude zum Ausdruck bringen. Es ist mein Wunsch, dass diese Diskussion, die wir heute geführt haben, die ja eigentlich nur um Verteilungs- und Liquiditätsfragen ging, ganz schnell zugunsten der Landwirte abgeschlossen wird, damit Sie sich auf die Dinge konzentrieren, die Unternehmer nämlich vorrangig

machen müssen, Investitionen in die Zukunft vorzunehmen, auf moderne Technologien zurück zu greifen und freie Entscheidungen zu treffen, was ihre Investitionsvorhaben angeht. Da kann natürlich auch eine nationale Regierung, die Bundesregierung, auch in erheblichen Maße beitragen, nämlich all die Investitionshemmnisse und Innovationshindernisse abzubauen, die es immer noch gibt und die scheinbar immer noch fortgesetzt werden. Vielen Dank.

Bernd Voß (Mitglied im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU): Vielen Dank.

Ich denke mal bei denen, die heute für die Regionalprämie plädiert haben ist klar geworden, dass der Weg zu einer Effizienz der Prämienzahlungen gehen muss. Ich warne ein bisschen vor den Kampfgriffen des hobbyhaltenden Pferdehalters. Ich denke das Problem gesellschaftlich, das gehört im Grunde auch zu einer multifunktionalen Landwirtschaft und zu einem multifunktionalen Landschaftsbild. Ich denke das Problem der Zukunft wird sein, Prämienzahlungen zu rechtfertigen, die irgendwo 50 bis jenseits von 100 Euro pro Arbeitsstunde liegen oder jenseits von 120.000 Euro pro Arbeitsplatz auch im Nebenerwerb. Da wird sich die Politik rechtzeitig darauf einrichten müssen, wenn sie denn diese Prämienzahlungen sichern will.

Letztes Wort noch einmal zur zweiten Säule: Was die Low-Level-Programme angeht, muss ich einfach die Phantasie der Verwaltung herausfordern, sie entsprechend anzufassen, damit sie gehalten werden können. Das Problem der zweiten Säule gerade bei diesem Programm ist ja, dass sie aufgrund der Kofinanzierung einfach nicht sicher sind. Wie es in den Haushalten aussieht, das wissen wir ja.

Das nächste, was aus der zweiten Säule finanziert wird, das haben Sie angesprochen, Herr Prof. Schmitz, sind die Investitionsförderungen. Investition zu fördern ja, aber nicht, ich sage einmal, von bekannten laufenden Dingen. Dafür sind die öffentlichen Mittel zu knapp. Investitionsförderung darf sich im Grunde nur in dem Bereich abspielen, wo neue innovative Dinge angeschoben werden, sei es im Bereich des Verbraucherschutzes oder im Bereich des Tierschutzes. Das sind Bereiche der Investitionsförderung. Wir müssen wegkommen von der klassischen Investitionsförderung, wo jeder Stall, der schon in tausendfacher Ausfertigung in Deutschland steht, noch mit großen sechsstelligen Summen gefördert wird.

Der nächste Bereich betrifft die zweite Säule, die Beweidung und die Tierhaltung auf den Flächen. Einmal kann man sagen Rentabilität der Beweidung wird vielleicht etwas interessanter werden, aber die ökonomischen Daten sind ja dermaßen verschoben, dass sich deswegen so zügig eine Mutterkuhhaltung nicht fortsetzen lässt. Ich möchte zum Schluss noch einmal an den Envelop erinnern. Der Envelop ist maximal 10 %. Er hat historisch seinen Ursprung in England, in Wales, in Schottland. Dort wurde schlicht und einfach gesagt, dass sie eine gewisse Beweidungsförderung brauchen, um diese Tierhaltungsarten auf den Weiden zu halten. In dem Sinne denke ich sollte man den Envelop auch hier versuchen zu setzen, für Schafe und Mutterkühe, dass eine andere Wirtschaftlichkeit da ist.

Die Vorsitzende: Sehr gut. Vielen Dank, Herr Voß. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Sachverständige, mir bleibt eigentlich jetzt nur noch den Sachverständigen ganz herzlich zu danken, für die schriftlichen Stellungnahmen, die Sie eingereicht haben und die, wie Sie sich sicher haben überzeugen können, von den Kolleginnen und Kollegen auch gelesen wurden, aber auch für das, was Sie mündlich noch hinzugefügt haben. Ich kann Ihnen sagen, dass Sie uns sehr geholfen haben und wir werden sehen, dass wir das Protokoll so bald wie möglich zur Verfügung stellen, weil wir uns ja entsprechend dem knappen Zeitplan, den wir haben, mit den weiterführenden Fragen, die sich jetzt ergeben, zu Beginn des nächsten Jahres auseinandersetzen müssen. Ich selbst möchte inhaltlich gar nichts hinzufügen. Ich bin ziemlich sicher, dass wir neben den unglaublich vielen und schwierigen Einzelfragen, die heute hier erörtert wurden, in der Tat Antwort auf die Frage zu geben haben, warum sind die Prämien und die Gelder, die wir für die Landwirtschaft für richtig halten, wirklich gerechtfertigt? Das sind sie, weil wir wissen, dass die Landwirtschaft ohne Prämien und Subventionen bei uns nicht wettbewerbsfähig bestehen kann. Aber ich denke schon, dass wir uns auch sehr sorgfältig darauf gefasst machen müssen, dass diese Subventionen dann von der Gesellschaft auch akzeptiert werden im Bereich Umweltschutz, im Bereich Heimatpflege bis in den Bereich der Schaffung von Arbeitsplätzen auf dem Land, auch wenn wir wissen, dass wir diese Überlegungen mit den Luxemburger Beschlüssen und einer noch so guten Umsetzung wahrscheinlich noch nicht alle in die richtige Richtung steuern können. Meine Bitte ist, dass wir diesen Überlegungen auch in den kommenden Monaten vielleicht auch ein großes Maß an Aufmerksamkeit schenken, weil wir sonst die wichtige Arbeit, die wir zu leisten haben, wahrscheinlich

nicht mit dem Nachdruck unterstützen können, wie wir das alle wollen. Ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen und wünsche Ihnen allen einen schönen Tag und wenn Sie jetzt aus dem schönen Berlin wegfahren auch das in einer gesunden Art und Weise. Herrn Hauck bitte ich, grüßen Sie mir das Ländle. Herzlichen Dank. Die Anhörung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 14:58 Uhr

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, MdB
Vorsitzende